

„Rio+20 vor Ort“

Kommunen auf dem Weg
zur Nachhaltigkeit

Beispiele aus Deutschland



Impressum

Herausgeber:

IZT – Institut für Zukunftsstudien und
Technologiebewertung gemeinnützige GmbH
Schopenhauerstraße 26
14129 Berlin
Telefon: +49 30/ 80 30 88-0
Fax: +49 30/ 80 30 88-88
Website: www.izt.de
Projektwebsite: www.izt.de/rio



Autorenteam:

Katrin Nolting
Dr. Edgar Göll

Gestaltung:

design_idee_GbR_büro_für_gestaltung, Erfurt

Druck:

Beltz Bad Langensalza GmbH

Stand: März 2012

Danksagung:

Die Broschüre wurde im Rahmen des Forschungsvorhabens „Rio+20 vor Ort – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland“ erarbeitet. Das Forschungsvorhaben wurde vom Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt sowie der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt beim Autorenteam.

Das Autorenteam möchte sich herzlich bei allen bedanken, die das Vorhaben unterstützt haben, insbesondere bei allen Forschungspartnern sowie den beteiligten Kommunen und Akteuren.

Für die konstruktive und engagierte Zusammenarbeit danken wir außerdem ganz herzlich Frau Dr. Schack (BMU), Herrn Dr. Wehrspau (UBA) sowie Frau Eick (UBA).



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

**Umwelt
Bundes
Amt**
Für Mensch und Umwelt

Fotonachweis:

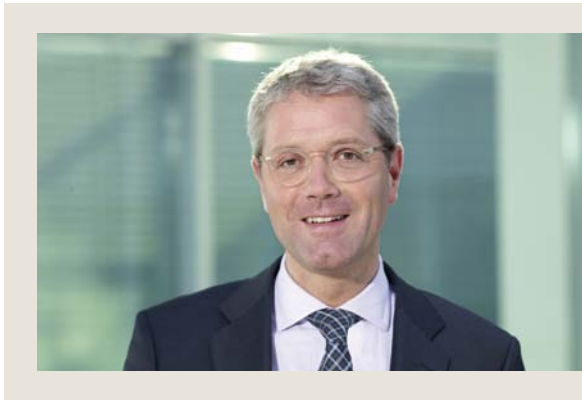
Titel: Preisträger des Wettbewerbes „Hauptstadt des Fairen Handels“ 2011 in der Altstadt von Marburg,
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/
Engagement Global gGmbH, Fotograf: Dominik Schmitz
S. 4: Laurence Chaperon
S. 5: Sergej Khackimullin/Fotolia.com
S. 6: Landeshauptstadt Hannover, Fotograf: libomedia.de
S. 7: Kreis Unna
S. 8: Hans Auracher
S. 9: Rainer Chilian
S. 10: Marlies Grüter
S. 11 (o.): Jutta Drabek-Hasselmann
S. 11 (u.): Stadtverwaltung Tübingen
S. 12: Frank Dietsche
S. 13: solarcomplex AG
S. 15: Gisbert Gerhard
S. 16: Umweltzentrum Chemnitz
S. 17: Gisbert Gerhard
S. 18 (o.): Institut für Kirche und Gesellschaft der
Evangelischen Kirche von Westfalen
S. 18 (u.): Evangelische Akademie Bad Boll
S. 20: Bettina Sampl/Fotolia.com
S. 21: Wundernatur
S. 22: Landeshauptstadt Erfurt
S. 23: Schülerfirma Namaste Nepal-S GmbH

S. 24: Aktionsgemeinschaft Friedenswoche Minden e.V.
S. 25: Landeshauptstadt Erfurt
S. 26: Kunst-Stoffe e.V.
S. 27: Stadt Oldenburg
S. 28: Claudia Petermann
S. 29: Allmende-Kontor, Kerstin Stelmacher
S. 31: Berno Hellmann
S. 32 (o.): Stefan Neuenhausen
S. 32 (u.): Rosemarie Wilhelm
S. 35: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/
Engagement Global gGmbH, Fotograf: Dominik Schmitz
S. 36: Landeshauptstadt Hannover, Fotograf: libomedia.de
S. 37 (li.): Landeshauptstadt Hannover, Fotograf: libomedia.de
S. 37 (re.): Daniel Torz
S. 39 (o.): Stadt Neumarkt i.d. Oberpfalz
S. 39 (u.): Stadt Neumarkt i.d. Oberpfalz
S. 40: Agenda 21 Leipzig
S. 41: Gero Häußinger
S. 42 (o.): Stadt Jena
S. 42 (u.): Uwe Annas/Fotolia.com
S. 43: Gerald Schmidt
S. 45: Annette Zöpf im Auftrag der Stadt Augsburg
S. 46: Christian Buck im Auftrag der Stadt Heidelberg
S. 47: Philipp Rothe im Auftrag der Stadt Heidelberg
S. 48: Andre Wagenzik im Auftrag des RNE
S. 49: Stadt Augsburg

Inhalt

1	Einleitung	5
2	Kommunen – aktive Partner für eine nachhaltige Entwicklung	6
3	Herausforderung Transformationsprozess – Kommunen sind „Pioniere der Energiewende“	8
4	Global denken, lokal handeln – faire Märkte schaffen	14
5	Neue Wege gehen – den kulturellen Wandel zur Nachhaltigkeit gestalten	20
6	Zivilgesellschaftliches Engagement – Ressource für Innovation	34
7	Building Sustainability – Kurs auf nachhaltige Entwicklung nehmen	48
8	Anhang	50

Grußwort



Liebe Leserinnen und Leser,

die große Konferenz der Vereinten Nationen im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 hat als „Erdgipfel“ vor zwanzig Jahren mit der Agenda 21 erstmals Maßstäbe für eine globale Politik für Umwelt und Entwicklung gesetzt – und in diesem Rahmen auch die Klimarahmenkonvention verabschiedet. In diesem Jahr ist es die große Aufgabe der Konferenz, zwei Jahrzehnte später die Maßstäbe für den globalen Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft, zu einer „Green Economy“, zu setzen. Die Chancen dafür sind da, denn in den letzten Jahren hat weltweit ein Umdenken begonnen. Die Wirtschaft erkennt ihre Verantwortung für eine umweltverträgliche und zugleich wirtschaftlich erfolgreiche Entwicklung, durch die neue, zukunftssichere Arbeitsplätze entstehen – in den Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern gleichermaßen! Deutschland ist mit seiner starken Umweltwirtschaft bereits auf dem Weg zu einer solchen „Green Economy“. Aber dieser Vorsprung ist uns auch Verpflichtung. Wir dringen darauf, dass die EU ihre Anstrengungen auf dem Weg zu einer nachhaltigen Wirtschaft und zu einem engagierten Schutz des Klimas weiter verstärkt. Nur wenn wir vorgehen, sind wir international glaubwürdig.

Vor allem aber sind wir sowohl vorbildlich als auch glaubwürdig, wenn wir zeigen, wie eine nachhaltige Wirtschaft, die Klima und Ressourcen schont, vor Ort konkret funktioniert, in den Kommunen, also dort, wo die Menschen leben, wohnen, arbeiten, wirtschaften, lernen und ihre Freizeit verbringen. Vor 20 Jahren hatte die internationale Staatengemeinschaft nicht umsonst mit Kapitel 28 der Agenda 21 gerade die Kommunen aufgefordert, unter Beteiligung

der Bevölkerung eigene Aktionspläne für eine nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten. In Deutschland ist dieser Appell auf überaus fruchtbaren Boden gefallen. Tausende Kommunen haben bereits einen Beschluss zur Agenda 21 gefasst. Hinzukommen Kommunen, die sich auch ohne Beschluss intensiv für eine nachhaltige Entwicklung engagieren oder dies unter anderem Namen tun, zum Beispiel als Klimaschutzkommune, als 100%-Erneuerbare-Energien-Kommune oder als Transfair-Kommune. Die Politik unterstützt dieses Engagement darum auch gezielt, vor allem mit der „Nationalen Klimaschutzinitiative“ meines Hauses. Die Erfolge können sich sehen lassen. Die aktuellen Zahlen aus der Umsetzung der Kommunalrichtlinie zeigen das: Inzwischen wurde schon das 2000. Projekt bewilligt. Und mit dem Masterplan-Programm zeigen besonders ambitionierte Kommunen, wie das Ziel „100 % Klimaschutz“ innerhalb einer Generation verwirklicht werden kann. Das spricht sich herum: Immer mehr Kommunen haben ein wachsendes klimapolitisches Interesse – die steigende Zahl der Anfragen bei der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“, angesiedelt beim Deutschen Institut für Urbanistik (Difu), bestätigt das.

Die Kommunen machen vor, wie eine nachhaltige Entwicklung zugleich mit mehr Lebensqualität und Wohlstand vor Ort einhergeht. Sie sind so etwas wie Experimentierräume für nachhaltige Entwicklung, in denen die Menschen neue Lebens- und Wirtschaftsweisen entwickeln, die weniger Energie verbrauchen, natürliche Ressourcen schonen und Wertschöpfungsketten schließen. Die Broschüre möchte auf diese Leistungen der Kommunen aufmerksam machen und dazu einladen, den Dialog mit den kommunalen Pionieren der nachhaltigen Entwicklung zu suchen und sich inspirieren zu lassen von denen, die Ideen der Agenda 21 für eine nachhaltige Entwicklung in kleineren und größeren Schritten mit Leben erfüllen. ■

Es grüßt Sie herzlich Ihr

Dr. Norbert Röttgen
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

1 Einleitung

→ Vor 20 Jahren hat die internationale Staatengemeinschaft auf dem UN-Erdgipfel von Rio de Janeiro 1992 das Konzept „sustainable development“ als Leitbild für das 21. Jahrhundert angenommen, um den wachsenden Herausforderungen der Menschheit zu begegnen. Die UN legte mit der „Agenda 21“ einen weltweiten Aktionsplan zur Umsetzung einer solchen nachhaltigen Entwicklung vor. Dabei richtete sich Kapitel 28 an die Kommunen mit der Aufforderung, im Dialog und in Zusammenarbeit mit den verschiedenen lokalen Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft ein kommunales Programm für eine zukunftsfähige Entwicklung zu erarbeiten und umzusetzen – eine „Lokale Agenda 21“.

Viele Städte und Gemeinden haben diese Herausforderung aktiv aufgegriffen. Zahlreiche gute Beispiele belegen, welche Innovationskraft verschiedene Akteursgruppen für den notwendigen Transformationsprozess hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft entfalten. Die vorliegende Broschüre bietet einen Einblick in Nachhaltigkeitsaktivitäten auf kommunaler Ebene in Deutschland und zeigt, wie solche Aktivitäten in einzelnen Bereichen und ausgewählten Handlungsfeldern zu zukunftsverträglichen und nachahmenswerten Entwicklungen führen.

Die Broschüre basiert auf einer 2011 durchgeführten, bundesweiten Umfrage. Ausgewählte Beispiele aus der aktuellen Befragung führen vor Augen, wie in der kommunalen Praxis die sich vor Ort bietenden Chancen aufgegriffen und erfolgreich Perspektiven entwickelt werden.

Eines wird besonders deutlich: Viele Kommunen sind Pioniere des Wandels und können als Innovatoren für eine nachhaltige Entwicklung wirksam sein. Erfolgreich sind solche Entwicklungen besonders dann, wenn Kooperationen zwischen unterschiedlichen Akteuren sowie auch zwischen Kommunen angebahnt und tragfähige Allianzen gebildet werden.

Zum Erfahrungsaustausch der Kommunen und deren Dialog mit den überregionalen und nationalen Akteuren findet in Deutschland jährlich der Netzwerk21Kongress statt. Im Rahmen dieses Kongresses entstand auch die Anregung zum Forschungsprojekt „Rio+20 vor Ort“ und zur vorliegenden Broschüre. ■



2 Kommunen – aktive Partner für eine nachhaltige Entwicklung

Als unterste administrative Ebene mit begrenzter Entscheidungshoheit verfügen Kommunen auch über ein Selbstbestimmungsrecht und können dieses für Aktivitäten in Richtung Nachhaltigkeit nutzen. Vor welchen besonderen Herausforderungen stehen dabei die Kommunen und worin bestehen ihre Gestaltungsmöglichkeiten für Nachhaltigkeit?

→ In Deutschland wurde der Aufruf des UN-Erdgipfels von 1992 von zahlreichen Kommunen und lokalen Akteuren aufgegriffen. Vielfältige Ideen für eine zukunftsfähige Entwicklung werden inzwischen umgesetzt. Unter verschiedenen Namen und mit vielfältigen Programmen entstanden in Hunderten von Städten und Gemeinden lokale Bündnisse, die mit großem Engagement der Zivilgesellschaft Ansätze für nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsformen und für einen kulturellen Wandel entwickelt haben.

Weltweit zeigen sich in den Dörfern und Städten die Probleme nicht zukunftsfähiger Entwicklungen unmittelbar im Alltag – und das mit steigender Brisanz: soziale Unsicherheit, Folgen des Klimawandels, begrenzter Zugang zu Energie und sauberem Wasser, schwankende Erwerbsmöglichkeiten.

Auch in Deutschland sind Kommunen von einigen dieser zumeist komplexen Probleme betroffen und die Menschen sowie die Entscheidungsträger vor Ort erfahren immer häufiger, dass eine Lösung mit herkömmlichen Strategien und Ressourcen kaum möglich ist. Zugleich verfügen die lokalen Akteure aber über Erfahrungen und Potenziale, die sie aktiv nutzen können, um neue Wege zu gehen und diesen Herausforderungen zu begegnen. Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen, dass in unzähligen Städten und Gemeinden die Menschen vor Ort Chancen aufgreifen, Nachhaltigkeitsaktivitäten und experimentelle Vorhaben anbahnen und damit auch wichtige Lernprozesse einleiten. Die Aktivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements spielt dabei eine bedeutende Rolle, zum Beispiel bei der Lösung sozialer Probleme, bei Kultur und Bildung oder bei Ressourceneinsparung und der Nutzung erneuerbarer Energien.



World-Café im Rahmen des 5. Netzwerk21 Kongresses in Hannover 2011

Die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung muss jedoch auf allen politischen Ebenen vorgebracht und zwischen den Ebenen verzahnt und abgestimmt werden. Viele Kommunen haben nach dem UN-Erdgipfel in Rio 1992 bereits Mitte der 90er Jahre eine Lokale Agenda 21 gestartet und Handlungsprogramme auf den Weg gebracht. Dadurch wurden auch Impulse für einzelne Bundesländer und die nationale Ebene gegeben. Manche Länderstrategien sowie auch die 2002 vorgelegte nationale Nachhaltigkeitsstrategie erhielten wichtige Anregungen durch das frühzeitige Engagement auf lokaler Ebene. Ebenso ist die heutige Umsetzung dieser überregionalen Nachhaltigkeitsstrategien wesentlich auf konkrete Projekte und Maßnahmen vor Ort angewiesen. Einige Bundesländer, wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen und Thüringen, können das Potenzial der Kommunen bereits intensiv nutzen, da sich dort auf Landesebene aktive Netzwerke von kommunalen Nachhaltigkeitsakteuren etabliert haben.

LAG 21 NRW – Netzwerk der Lokalen Agenda 21 im Bundesland Nordrhein-Westfalen

→ Die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (LAG 21 NRW) ist 2001 von zahlreichen Kommunen und Kreisen, Verbänden und Institutionen, Kirchen und Gewerkschaften in NRW als Kompetenznetzwerk zur Professionalisierung lokaler Nachhaltigkeitsprozesse gegründet worden, die sich auch als Mitglieder im Verein engagieren. Die LAG 21 NRW versteht sich als landesweite Aktionsplattform und als Bindeglied zwischen Akteuren der zivilgesellschaftlichen Agenda-21-Prozesse, Politik, Verwaltung und Wissenschaft und hat den Anspruch, globale Nachhaltigkeitsziele für kommunales Engagement aufzubereiten und umzusetzen. Hierzu bearbeitet sie eine Vielzahl von Projekten, die im Wesentlichen durch die mit acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besetzte Geschäftsstelle koordiniert werden.

Zu ihren Kernthemen zählen Vernetzung und Wissenstransfer für Kommunen, die Einführung kommunaler Nachhaltigkeitsmanagementsysteme sowie Bildung für nachhaltige Entwicklung. Durch zahlreiche Kampagnen und Projekte hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft im Bundesland Nordrhein-Westfalen zum zentralen Ansprechpartner für kommunale Nachhaltigkeitsprozesse entwickelt und entsprechende Kompetenzen aufgebaut, die sie an die Kommunen weitergibt.

So konnte zum Beispiel von 2005 in über 20 NRW-Städten ein nachhaltiges kommunales Flächenmanagement eingeführt und als strategisches Steuerungsinstrument etabliert werden.

Auch der bereits erwähnte, seit 2007 stattfindende bundesweite „Netzwerk21Kongress“ wird von einem breiten Akteursspektrum getragen und jährlich von einer anderen Kommune organisiert. Der zweitägige Kongress fungiert als Austausch-, Lern- und Vernetzungsplattform für lokale Nachhaltigkeitsinitiativen und stellt über ein eigenes Internetportal Dokumentationen und Arbeitsmaterialien bereit. Im Rahmen des Kongresses werden engagierte Akteure aus Kommunen, Unternehmen und Zivilgesellschaft besonders gewürdigt und mit dem Zeitzeichen-

Um die etablierten Flächenmanagementstrukturen zu verstetigen, hat die LAG 21 NRW das Zertifizierungssystem „Meilenstein 2012“ entwickelt, wodurch kommunale Erfolge im nachhaltigen Umgang mit Fläche auf Basis eines objektiven Bewertungsverfahrens zertifiziert werden.

Neben der Vernetzung auf kommunaler Ebene unterstützt die LAG 21 NRW auch die vertikale Integration von Bund, Ländern, Kreisen und Kommunen als Schlüsselement zur Umsetzung einer nachhaltigen Entwicklung.

www.lag21.de



Verleihung der Klimaschutzflagge im Rahmen der Kampagne „Gemeinsam für Klimaschutz“ durch die LAG 21 NRW und die Lokale Klima-Allianz Kreis Unna an das Barlach-Gymnasium sowie an das Berufskolleg Werne

Preis geehrt. Gefördert wird der Kongress durch das Bundesumweltministerium, das Umweltbundesamt, die jeweils gastgebende Kommune sowie zahlreiche Sponsoren und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. (vgl. www.netzwerk21kongress.de).

Darüber hinaus gibt es in Deutschland zahlreiche weitere Kongresse, Programme und Aktivitäten zur Vernetzung von Kommunen und Regionen, so unter anderem in den Handlungsfeldern Klimaschutz und erneuerbare Energien, Städtebau und Bildung für nachhaltige Entwicklung. ■

3 Herausforderung Transformationsprozess – Kommunen sind „Pioniere der Energiewende“

Um die menschlichen Lebensräume für künftige Generationen zu sichern, ist es erforderlich, bestimmte Parameter einzuhalten, wie z.B. den CO₂-Ausstoß zu begrenzen und die Erderwärmung einzudämmen. Welche Beiträge können Maßnahmen und Projekte auf der lokalen Ebene leisten? Wie sehen solche Aktivitäten und Projekte aus?

→ Das Ziel, die Erderwärmung einzudämmen, ist mit der 2°C-Grenze international vorgegeben. Dazu sind der Aufbau einer weitgehend karbonfreien Energieversorgung bis Mitte dieses Jahrhunderts und ein grundlegender Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft erforderlich.

In Deutschland hat der Wissenschaftliche Beirat für globale Umweltfragen (WBGU) deshalb einen neuen „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ vorgeschlagen. Diese „Große Transformation“ wird vor allem in den Städten stattfinden und zu spüren sein. Dort sind Verbrauch und Emissionen auf der einen Seite besonders hoch, auf der anderen Seite gibt es dort aber auch unzählige Gestaltungs- und Veränderungspotenziale (vgl. WBGU „Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation“, Berlin 2011).



Schulprojekt zur Energiewende im Landkreis Fürstentum – die Kinder sind aktiv dabei

Neue umweltfreundliche Technologien, die Energie- und Ressourceneffizienz deutlich verbessern und eine effektive Nutzung erneuerbarer Energien ermöglichen, sind eine entscheidende Voraussetzung für diesen Transformationsprozess. Sie allein reichen aber bei weitem nicht aus. Um sich auch wirklich durchsetzen zu können, müssen technologische Innovationen mit einem kulturellen Wandel, mit veränderten Konsummustern und Lebensstilen einhergehen.

Es geht um die Entwicklung von Wirtschafts- und Lebensweisen, die eine gerechte Verteilung innerhalb und zwischen den Generationen, auch in globaler Hinsicht, ebenso einbeziehen wie eine Reflexion des bisherigen Wirtschaftswachstums. Eine wirksame Umgestaltung unseres Wirtschaftens ist eine langfristige Aufgabe und bedarf neben einer politischen Steuerung auch Freiräume zum Experimentieren sowie Möglichkeiten für Dialog und Beteiligung. Hier spielen Kommunen eine entscheidende Rolle, sie bieten vielfältige Experimentierräume, die vielerorts von Menschen genutzt werden, die dort wohnen, wirtschaften, arbeiten, lernen und ihre Freizeit verbringen.

Der Aufbau einer zukunftsfähigen Energieversorgung ist für Kommunen ein zentrales Thema. Gute Erfahrungen haben Städte, Gemeinden und Landkreise mit Energie- und Klimaschutzstrategien gemacht, die gemeinsam mit lokalen Akteuren erarbeitet worden sind und eine zielführende Handlungsorientierung bieten. An Bord sind neben Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung idealerweise die kommunalen Stadtwerke, anderweitige örtliche Energieversorger, die Wohnungswirtschaft sowie lokale Energieinitiativen. Weitere Akteure, die über entsprechende Potenziale und Ressourcen verfügen, wie Energie-Landwirte, Energieagenturen und lokale Finanzdienstleister werden partiell eingebunden.

Fürstenfeldbruck: „ZIEL21“ – Wir schaffen die Energiewende

➔ Der Landkreis Fürstenfeldbruck hat sich als erster Landkreis in Deutschland das Ziel gesetzt, bis 2030 seinen Energieverbrauch zu halbieren und seine Energieversorgung vollständig aus regenerativen Energien zu decken. Fürstenfeldbruck war einer von zwei Modell-Landkreisen für die Agenda 21 in Bayern und entwickelte deshalb bereits früh ein Leitbild und einen Handlungskatalog für die Nachhaltigkeit in der Region.

Um die Energiewende regional zu organisieren, fand bereits im Jahr 2000 das erste Energieforum statt, auf dem die Zielsetzung durch eine Beschlussfassung untermauert wurde. Im Zentrum der verabschiedeten „Fürstenfeldbrucker Energieresolution“ steht folgende Aussage: „Wir bauen auf Kreativität und die vielfältigen Kompetenzen der Menschen vor allem aus Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe, Industrie, Dienstleistung, Kommunen und Kirchen. Wir brauchen die Unterstützung aller verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. Damit erhalten wir unsere natürlichen Lebensgrundlagen und sichern die regionale Wirtschaft mit dem Ziel einer Verbesserung der Lebensqualität.“ Das Ausbauziel erhielt durch den Kreistag einstimmige Zustimmung. Für die praktische Umsetzung wurde der Verein ZIEL21 – Zentrum Innovative Energien im Landkreis Fürstenfeldbruck e.V. gegründet. Das breit gefächerte Akteursnetzwerk ist bis heute aktiv. Unter den Mitgliedern des Vereins finden sich zahlreiche regionale Mittelstandsbetriebe, vor allem aus dem Handwerks- und Planungsbereich,

ebenso wie Kommunen, die regionale Sparkasse und die Stadtwerke Fürstenfeldbruck.

Im Jahr 2011 wurden im Versorgungsbereich der kommunalen Stadtwerke Fürstenfeldbruck 20 % des Strombedarfs allein aus Sonnenstrom erzeugt. Bundesweit liegt der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromversorgung bei rund 20 %, davon werden etwa 3 % Strom aus Photovoltaik erzeugt. Schwerpunkt der nächsten Jahre wird im Landkreis Fürstenfeldbruck der Ausbau der Windenergie sein.

Die kontinuierliche Kooperation mit und zwischen den regionalen Akteuren wird durch die ZIEL-21-Partnerschaft organisiert. Kontinuität wird auch dadurch erreicht, dass die Geschäftsstelle von ZIEL 21 e.V. von Beginn an direkt im Landratsamt angesiedelt ist.

www.ziel21.de

Energie-Radtour - Besichtigung von erneuerbaren Energieanlagen im Landkreis Fürstenfeldbruck



Die Energiewende basiert auf drei gleichwertigen und miteinander verzahnten Strategien: erstens Energie durch Verhaltensänderungen einzusparen, zweitens energieeffiziente Technologien zu entwickeln und einzusetzen sowie drittens erneuerbare Energien zu erschließen und zu nutzen. Auch hier haben sich kommunale Programme und Strategien als zukunftsfähig erwiesen, die unter Beteiligung der Bevölkerung erarbeitet worden sind und die auch während der Umsetzung breite Beteiligungsmöglichkeiten bieten.

Saerbeck – Ein integriertes Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept mit Beteiligungsmöglichkeiten

→ Die 7.200 Einwohner zählende Gemeinde Saerbeck liegt im Münsterland in Nordrhein-Westfalen. Der Gemeinderat entschied 2008, die gesamte Energieversorgung der Gemeinde bis 2030 auf regenerative Energien umzustellen. Daraufhin wurde das Integrierte Klimaschutz- und Klimaanpassungskonzept (IKKK) entwickelt, das neben einem Leitbild spezifische Handlungsfelder, anschauliche Leitprojekte und einen Maßnahmenkatalog mit konkreten Umsetzungs- und Evaluierungsschritten enthält.

Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, die lokale Landwirtschaft und Wirtschaftspartner vor Ort sind integraler Bestandteil des IKKK und damit eingebettet in ein strategisches Gesamtkonzept, das von der ganzen Gemeinde getragen wird. Unter dem Leitbild „Klimakommune Saerbeck plus 2030 – positive Energiebilanz zu Gunsten regenerativer Energien“ sind insbesondere die drei Handlungsfelder „Bioenergiepark“, „Bildung/Transfer/Bürgermitwirkung“ sowie „Marketing/Öffentlichkeitsarbeit“ im IKKK dazu angelegt, Beteiligungskonzepte zu entwickeln und systematisch umzusetzen.

Herzstück der zukünftig eigenständigen Energieversorgung wird der Bioenergiepark Saerbeck sein, der seit 2011 auf einem ehemaligen Gelände der Bundeswehr entsteht. In diesem „Kommunalen Energieproduktionspark“ werden Photovoltaik-, Biogas- und Windkraftanlagen installiert. Die lokale Bevölkerung ist finanziell an diesen Anlagen beteiligt. Ermöglicht wird dies unter anderem über die Bürgergenossenschaft „Energie für Saerbeck eG“ in Kooperation mit der örtlichen Volksbank. Mit diesem Vorhaben könnte zukünftig im besten Sinne ein umwelt- und sozialgerechter Mehrwert produziert werden: nachhaltige Nutzung von Konversionsflächen, gepaart mit erneuerbaren Energien und getragen von Politik und Zivilgesellschaft.

www.klimakommune-saerbeck.de



Schlüsselübergabe der Biogasanlagenfläche an die Landwirte in Saerbeck

Zu einer umfassenden und kohärenten Transformationsstrategie des Energiesystems gehört eine Vielzahl von Instrumenten und Konzepten, wie die energetische Sanierung des Altbaubestandes, die Förderung von energieeffizienten Neubauten bis hin zu Plusenergiehäusern, eine mittelfristige Umstellung der Stromerzeugung bzw. des Strombezuges auf erneuerbare Energien sowie Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung und zur Änderung des Nutzerverhaltens.

Mit Kampagnen viel bewegen

→ „Tübingen macht blau“ – diese erfolgreiche Klimaschutzkampagne startete im Frühjahr 2008. Die Kampagne und ihre Aktionen geben Tipps und Anreize, wie die Einwohnerinnen und Einwohner der Universitätsstadt ganz persönlich zu einem blauen Himmel über Tübingen beitragen und dabei auch CO₂ und Geld sparen können. Ob bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel, des Car-Sharing-Angebotes, ob beim Umstieg auf Ökostrom oder bei der energetischen Sanierung von Schulen – alle Akteure, von der Verwaltung über lokale Unternehmen bis hin zu den Bürgerinnen und Bürgern, werden angesprochen und zu einem Umstieg auf klimafreundliche Nutzungs- und Verhaltensmuster motiviert. Die kommunalen Stadtwerke sind hierbei ein aktiver Partner. Sie engagieren sich für erneuerbare Energien und Energieeffizienz und stellen eine emissionsarme Busflotte bereit. Der Oberbürgermeister geht mit gutem Beispiel voran: Er schaffte seinen Dienstwagen ab und kommt mit dem Fahrrad zur Arbeit.

www.tuebingen-macht-blau.de



Informationsstand zur Energieberatung in Tübingen

Bei der vollständigen Umstellung der Energieerzeugung auf erneuerbare Energien sind häufig kleine Gemeinden in ländlichen Regionen wesentliche Impulsgeber. Sie verfügen zumeist über den Vorteil enger nachbarschaftlicher Kontakte, emotionaler Beziehungen zu ihrem Heimatort und können neue Ideen in direktem zwischenmenschlichen Kontakt besprechen. Das Erfahrungswissen dieser Innovatoren ist für die Energiewende unverzichtbar und sogar international gefragt.

Das energieautarke Dorf Feldheim – Lokale Expertise auch für internationalen Transfer

➔ Feldheim, ein Ortsteil der Stadt Treuenbrietzen im Landkreis Potsdam-Mittelmark, deckt seinen Energiebedarf direkt vor der eigenen Haustür. Damit zieht das kleine Flämingdorf zahlreiche Besucher aus aller Welt an.

Seit Ende 2010 ist Feldheim ein energieautarkes Dorf. 37 Haushalte mit 128 Einwohnern bekommen Strom und Wärme aus eigener Produktion. Außerdem wird mehr Strom als benötigt produziert und ins öffentliche Netz eingespeist. Der Strom wird aus 43 Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 74,1 Megawatt sowie einer 500 kW starken Biogasanlage gewonnen. Daneben produziert die Biogasanlage auch 533 Kilowatt Wärmeleistung, die über ein 3.000 Meter langes Nahwärmenetz an die Haushalte verteilt wird. Eigentümerin des örtlichen Wärmenetzes ist die „Feldheim Energie GmbH & Co. KG“, in der sich die angeschlossenen Haushalte, Unternehmen sowie die Stadt Treuenbrietzen zusammengeschlossen haben. Eigentümerin des separaten Stromnetzes zur Versorgung der Endverbraucher ist die „Energiequelle GmbH und Co. WP Feldheim 2006 KG“.

Die für den Bau des separaten Wärmeversorgungsnetzes erforderlichen hohen Investitionen konnten jedoch von der Gemeinde und den Anwohnern nicht allein bewältigt werden. Deshalb wurden zusätzliche Mittel aus EU-Förderprogrammen eingeworben.

Entwickelt hat das innovative Modell die Energiequelle GmbH. Die an das autarke Energieversorgungssystem angeschlossenen Haushalte zeichnen einen Kapitalanteil von 3.000 Euro. Haushalte, die nur Strom beziehen, zahlten 1.500 Euro ein. Im Gegenzug profitieren alle Teilnehmer davon, dass die Strom- und Wärmekosten rund 20 Prozent unter denen konventioneller Anbieter liegen. Das hat auch die Skeptiker überzeugt. Ohne die Akzeptanz und die aktive Mitarbeit der Bürgerinnen und Bürger wäre diese lokale Energiewende nicht möglich gewesen.

www.neue-energien-forum-feldheim.de/



Biogasanlage in Feldheim

Mittlerweile gibt es eine wachsende Bewegung von „100 % EE-Kommunen“. Sie wollen in einem mittel- bis langfristigen Zeitraum ihren gesamten Energiebedarf aus erneuerbaren Energien decken. Auf Bundesebene wird diese Entwicklung durch mehrere Forschungsvorhaben mit großem Interesse verfolgt sowie der Dialog durch einen jährlich stattfindenden Kongress vorangetrieben, der in Kooperation mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft organisiert wird.

Die Bundesregierung hat den Ausbau erneuerbarer Energien beschlossen. Lokale Energieinitiativen haben in Deutschland die Energiewende vor Ort schon frühzeitig vorangetrieben. So entstanden die ersten Bürgersolaranlagen bereits vor der Jahrtausendwende. Das zivilgesellschaftliche Engagement hat sich in den letzten Jahren vielerorts professionalisiert. Aus „Bürgerinitiativen“ haben sich „Bürgerunternehmen“ entwickelt, die maßgebliche Schrittmacher für ihre Kommune oder auch Region sind.

Von der Bürgerinitiative zum „Bürgerunternehmen“ – Die Elektrizitätswerke Schöнау

→ Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl haben Schönaauer Bürger und engagierte Mitstreiter beschlossen, für eine nachhaltige Energieversorgung ohne Atomkraft einzutreten und gründeten 1986 die Bürgerinitiative „Eltern für atomfreie Zukunft“. Neun Jahre später konnten sie auf Grundlage zweier Bürgerentscheide das örtliche Stromnetz von einem Atomkraftwerksbetreiber freikaufen und kurz darauf die Stromversorgung ihrer Gemeinde übernehmen. Seitdem betreiben die bürger-eigenen Elektrizitätswerke Schöнау (EWS) das Ortsnetz ökologisch vorbildlich und wirtschaftlich erfolgreich. Das Bürgerunternehmen genießt bundesweit bei Stromkunden auf Grund seiner Transparenz und ökologischen Vorreiterrolle hohes Ansehen und hat sich nach „Lichtblick“ und „Greenpeace energy“ mit mehr als 125.000 Kunden zum drittgrößten unabhängigen Anbieter von Ökostrom in Deutschland entwickelt.

www.ews-schoenau.de



Firmenzentrale der Elektrizitätswerke Schöнау (EWS)

Die „Solarcomplex AG“ bindet lokales Kapital und verhilft einer ganzen Region zum Wandel

➔ Im September 2000 beschlossen 20 Menschen in der Region Hegau-Bodensee in Baden-Württemberg, eine konkrete Utopie zu wagen und ihre Region gemäß den Prinzipien der Nachhaltigkeit zu entwickeln und umzubauen. Mit positiven Entwicklungszielen und wirkungsvollen Projekten soll insbesondere die Energieversorgung bis 2030 weitgehend auf heimische regenerative Energien umgestellt werden. Zur Realisierung des ambitionierten Vorhabens gründeten die Akteure die „Solarcomplex“ GmbH. Das Regionalunternehmen wird heute von über 750 Gesellschaftern getragen und plant, baut und betreibt regionale Anlagen zur Strom- und Wärmebereitstellung aus erneuerbaren Energien und bietet die Kapitalbeteiligung an diesen Anlagen als ökologische Geldanlage an. Beteiligungsmöglichkeiten erhalten einzig die Menschen aus der Region. So soll gewährleistet werden, dass Aufträge und Gewinne in der Region bleiben und durch den Bau von EE-Anlagen Arbeitsplätze vor Ort geschaffen werden. Mittlerweile sind zahlreiche Solarkraftwerke und Bioenergiedörfer sowie ein Wasserkraftwerk und eine Windkraftanlage realisiert und weitere Vorhaben in Planung. Die bislang erzielte CO₂-Einsparung beträgt rund 25.000 Tonnen pro Jahr. Zwischenzeitlich erfolgte die Umwandlung von Solarcomplex in eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft, was

eine breite Mitbestimmung der beteiligten Personen ermöglicht. Als Miteigentümer des regionalen Energiesystems sind die Menschen und Firmen vor Ort unmittelbar an der Wertschöpfung aus erneuerbaren Energien beteiligt.

www.solarcomplex.de



PV-Anlage und Biogasanlage mit Blockheizkraftwerk in Mauenheim, dem ersten Bioenergiedorf in Baden-Württemberg

In Städten und Gemeinden kann die Einrichtung von Windparks oder Biomassenanlagen – wie auch andere große Bauvorhaben – auf den Widerstand der Bevölkerung stoßen. Die frühzeitige Beteiligung der Bevölkerung bereits in der Planungsphase schafft erfahrungsgemäß ein konstruktives Klima der Auseinandersetzung und kann auch zur Lösung von Interessenskonflikten beitragen. Dafür gibt es eine Vielfalt an Verfahren. Ein Ergebnis gemeinsamer Planung kann beispielsweise ein eigenes Bürgerunternehmen oder auch ein „Bürgerwindrad“ sein, das aus Mitteln der Anwohner und lokalen Gewerbetreibenden finanziert wird und dessen Rendite in der Region verbleibt und an die lokalen Investoren zurückfließt. ■

4 Global denken, lokal handeln – faire Märkte schaffen

Zunehmende wirtschaftliche Probleme und soziale Polarisierung zählen zu den größten Herausforderungen aller Gesellschaften. Im Zuge der Globalisierung sind die gegenseitigen Abhängigkeiten über Ländergrenzen hinweg gewachsen. Wie können Kommunen zur Gestaltung dieser Herausforderungen beitragen? Welche Potenziale können hierfür auf lokaler Ebene mobilisiert werden?

→ Das Schwerpunktthema der UN-Nachhaltigkeitskonferenz 2012 „Green Economy“ unter dem Fokus von Armutsbekämpfung verbindet die wichtigen Bereiche Umwelt und Entwicklung miteinander. Das bietet für Kommunen konkrete Anknüpfungspunkte mit vielfältigen Handlungsmöglichkeiten. Sie reichen von der breiten Nutzung erneuerbarer Energien über Energieeffizienzmaßnahmen bis zu Stadt-Umland-Kooperationen, vom fairen Handel über nachhaltige Beschaffung bis hin zu nachhaltiger Bildung.

In den Bereichen fairer Handel und nachhaltige Beschaffung wurde in den letzten Jahren viel getan. Kommunen wie Dortmund, Bonn und Tübingen gestalten ihre öffentliche Beschaffung anhand zentraler Einkaufsrichtlinien nachhaltig und fair. Sie starten Fair-Handels-Kampagnen für ihre Bürgerinnen und Bürger, um immer mehr Produkte des fairen Handels für möglichst viele Kundinnen und Kunden attraktiv und zugänglich zu machen.

Mit ihrer Initiative setzen sie Impulse für andere Städte und Gemeinden, so haben zum Beispiel alle 53 Kommunen im Ruhrgebiet ein Bündnis gegen ausbeuterische Kinderarbeit geschlossen – die „Magna Charta Ruhr.2010“. Kommunen weisen als lokale Großabnehmer eine Marktmacht auf, vor allem wenn sie sich zusammenschließen und dadurch gemeinschaftlich die Erzeugung nachhaltiger Produkte anregen.

Dortmund – „Hauptstadt des Fairen Handels“

→ Dortmund war 2003 die erste Stadt, die die Auszeichnung „Hauptstadt des Fairen Handels“ im gleichnamigen bundesweiten Wettbewerb erhielt. Dortmund konnte den Erfolg 2005 wiederholen und wurde damit auch Impulsgeberin für andere Kommunen. Mit dem langjährigen „Aktionsbündnis Fairer Handel“ werden beachtliche Innovationseffekte erzielt. So wurde 2008 die Dortmunder „FA!R“-Handels-Messe ins Leben gerufen, die mittlerweile überregionale Bedeutung erlangt hat und mittelfristig als Messe mit europäischer Ausstrahlung etabliert werden soll.

Im Jahre 2010 konnte mit der „Magna Charta Ruhr.2010“ Fair-Handels-Geschichte geschrieben werden. Im Zuge der europäischen Kulturhauptstadt RUHR.2010 verpflichteten sich alle 53 Kommunen im Ruhrgebiet, ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden und zukünftig im Rahmen ihrer kommunalen Beschaffung auf Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit zu verzichten. Die Kommunen und Landkreise mit ihren über fünf Millionen Einwohnern können angesichts ihres enormen Auftragsvolumens so ganz bewusst zum Schutz von Kindern vor Ausbeutung und gesundheitlichen Gefahren beitragen und damit auch ein deutliches Zeichen für die globale Verantwortung von Kommunen in Europa setzen. Dortmund hat gemeinsam mit engagierten Akteuren aus Weltläden, Agenda-Büros, Eine-Welt-Zentren und kirchlichen Einrichtungen die „Magna Charta Ruhr“ wesentlich vorangetrieben.

Dortmund unterstützt durch seine weitreichende Initiative zur fairen Beschaffung eine hohe Nachfrage nach fair gehandelten Produkten und somit die Bildung eines Marktes. Dies regt bei Produzenten und Lieferanten die Umstellung und Erweiterung ihrer Angebote auf Produkte aus fairem Handel an. Mittelfristig soll das öffentliche Beschaffungswesen vollständig auf nachhaltige und fair gehandelte Produkte umgestellt werden.

Der Erfolg basiert ganz wesentlich auf den langjährigen Aktivitäten des Dortmunder Aktionsbündnisses, dem über 80 Partner aus Eine-Weltgruppen, Kirchen, Schulen, dem Handel, Nichtregierungsorganisationen, Bildungseinrichtungen, Vereinen und städtischen Fachbereichen angehören. So sind auch prominente Fußballspieler von Borussia Dortmund mit an Bord. Ebenso unterstützen bekannte Schauspieler das Aktionsbündnis. Aus dem Bündnis heraus werden zahlreiche innovative Ideen rund um das Themenfeld fairer Handel entwickelt und umgesetzt. Beachtlich ist nicht nur die Vielfalt der Aktionen, sondern auch ihre strategische Verankerung in der Kommune. Dies geht einher mit der Einbindung wesentlicher Akteure und Entscheidungsträger. Eine wichtige Säule ist das Dortmunder Agenda-Büro, das die Fair-Handels-Strategie auf kommunaler Seite unterstützt und koordiniert. Von Beginn an leistet auch der Dortmunder Oberbürgermeister aktive Unterstützung und trägt viel zur positiven öffentlichen Wahrnehmung der Fair-Handels-Aktivitäten bei.

www.lokaleagenda.dortmund.de

Die Palette der kommunalen Beschaffung für ökologische und fair gehandelte Produkte ist breit. Deshalb ist eine systematische und längerfristig orientierte Umstellung erforderlich. Durch das Engagement der Kommunen und ihre Vernetzung kann sich ein wirtschaftlich bedeutsamer „Markt für faire Produkte“ entwickeln. Damit werden Produzenten, Händler und Einkäufer unterstützt und zu weiteren Schritten ermutigt. Immer mehr Städte und Gemeinden in Deutschland nehmen in ihre Ausschreibungen zur Beschaffung soziale und ökologische Kriterien auf. Ob fair produzierte Kleidung für die Feuerwehr, ohne Kinderarbeit bearbeitete Natursteine oder fair gehandelte Nahrungsmittel in Kantinen: Die Zahl der guten Beispiele für eine sozial-ökologische kommunale Beschaffung wächst ständig. Das Verbot von Kinderarbeit ist hierbei meist ein erster und wichtiger Schritt. Neun der sechzehn deutschen Bundesländer haben bereits Beschlüsse gegen den Erwerb von aus Kinderarbeit stammenden Produkten im öffentlichen Beschaffungswesen gefasst. In 170 deutschen Städten, Gemeinden und Landkreisen existieren bereits Ratsbeschlüsse gegen Kinderarbeit. (Mehr dazu unter: www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de)

Düsseldorf und Neuss sind zwei Beispiele für Städte in Deutschland, die in ihren Ausschreibungen noch weiter gehen und die Einhaltung weiterer wichtiger Arbeitsrechte wie aller Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verlangen. Die ILO-Kernarbeitsnormen sind Mindeststandards, die von der ILO – einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen – festgesetzt worden sind, um die Arbeitsbedingungen von Menschen weltweit zu verbessern.

Nachhaltige Beschaffung und fairer Handel hängen eng zusammen. Mit Hilfe von kommunalen Beschlüssen und einer daran anknüpfenden Öffentlichkeitsarbeit lassen sich beide Themen gut verbinden. So können Städte und Gemeinden glaubwürdig auch für ein verändertes Verbraucherverhalten im privaten Bereich werben.



Unterzeichnung der „Magna Charta Ruhr.2010“ gegen ausbeuterische Kinderarbeit am 12.06.2010 im Rathaus Dortmund

Faire Holzwirtschaft in Chemnitz

→ 2001 folgte der Chemnitzer Stadtrat einer Empfehlung des Agendabeirates und beschloss, die Stadtwälder gemäß dem internationalen Nachhaltigkeitsstandard zertifizieren zu lassen. Mit der FSC-Zertifizierung (Forest Stewardship Council) wurden Referenzflächen aus der Bewirtschaftung genommen, eine nachhaltige Forstwirtschaft im kompletten Stadtwald eingeführt und gleichzeitig ökologisch besonders bedeutsame Teile des Waldes unter Schutz gestellt. So konnten beispielsweise wertvolle Altbuchenbestände als Flächen-naturdenkmal ausgewiesen werden. Der Bestand an Schwarzspechten und Hohltauben hat damit bereits nachweisbar zugenommen. Dem Beschluss waren bereits 1991 ein Tropenholzverbot bei der kommunalen Beschaffung und 1992 die Mitgliedschaft im Klimabündnis der europäischen Städte zum Schutz der Regenwälder vorausgegangen. Im Zusammenhang mit diesen Beschlüssen gab es eine umfangreiche Öffentlichkeitsarbeit und verschiedene Projekte, so auch jährliche Aktionen im

Rahmen des GEO-Tages der Artenvielfalt. Hier können auf Waldwanderungen ökologische Referenzflächen des FSC-zertifizierten Stadtwaldes besichtigt werden. Bei diesen Führungen wird nicht nur auf die Probleme der heimischen Wälder eingegangen, sondern auch auf den Zustand der Regenwälder, die Situation der indigenen Bevölkerung und auf den fairen Handel beim Holzimport. In der Öffentlichkeitsarbeit spielt der Schutz der Regenwälder eine wichtige Rolle. Mit dem FSC-Beschluss gab es dafür in Chemnitz eine neue Diskussionsgrundlage.

Mit der FSC-Zertifizierung des Stadtwaldes sind noch weitere positive Auswirkungen verbunden. So sind die Erkenntnisse, die mit diesem Vorhaben langfristig gewonnen werden, auch im Hinblick auf die Erforschung der Folgen des Klimawandels, den Erhalt der Biodiversität und für die kommunale Forstwirtschaft von großem Interesse.
www.umweltzentrum-chemnitz.de



Referenzflächenbegehung im Crimmitschauer Wald mit einem Waldpädagogen



Preisverleihung Fairtrade Stadt Dortmund 2009 im Signal Iduna Park

Kommunen können gerade im Bereich der öffentlichen Beschaffung ein Vorbild für Verbraucherinnen und Verbraucher sein, so zum Beispiel, wenn sie Ökostrom beziehen, ihre Gebäude ökologisch sanieren, energiesparende Bürogeräte anschaffen und ihre Kantinen mit regionalen, ökologischen und fairen Produkten versorgen.

Für die Entwicklung fairer und ökologischer Märkte sind neben Kommunen und Verbrauchern zahlreiche weitere Kooperationspartner wie beispielsweise Kirchen von Bedeutung. Diese entfalten ebenfalls vor allem in Kommunen ihre Wirksamkeit und weisen bedeutende wirtschaftliche Kapazitäten auf. Die evangelische und die katholische Kirche mit ihren zusammengekommen 1,2 Millionen Beschäftigten sind in Deutschland der zweitgrößte Arbeitgeber nach dem öffentlichen Dienst. Die Kirchen verfügen zudem über eine sehr große Anzahl an Liegenschaften und Flächen und haben daher ähnlich wie Kommunen große Potenziale, um wirksame Maßnahmen für Klimaschutz zu ergreifen und soziale Verantwortung wahrzunehmen.

Besonders wichtig sind für kirchliche Gemeinden die Themen weltweite Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. Kirchliche Einrichtungen haben sich teilweise schon frühzeitig für den Erhalt der Umwelt, die nachhaltige Nutzung von Ressourcen und eine ökologisch-faire Beschaffung engagiert und wichtige Pilotprojekte initiiert. Hierzu gehören zahlreiche Fair-Trade-Aktivitäten. Diese waren zunächst auf eine direkte Zusammenarbeit mit Ländern des Südens und auf den Verkauf fair gehandelter Produkte in Eine-Welt-Läden gerichtet. Mittlerweile beziehen sich die Aktivitäten zum fairen Handel auch stark auf das Management der kirchlichen Einrichtungen selbst.

Viele kirchliche Häuser wie Akademien und Kindergärten stellen ihre Versorgung auf regionale, ökologische und fair gehandelte Produkte um. Parallel dazu gehen sie zu einem ökologisch und sozial zukunftsfähigen Beschaffungswesen über. Hierbei können sie auch auf zentrale kirchliche Plattformen und überregionale Koordinierungsstellen zurückgreifen, die konkrete Unterstützung für den Umstellungsprozess bieten. Eine solche Austauschplattform ist zum Beispiel im Rahmen des Pilotprojektes „Zukunft einkaufen“ entstanden.

„Zukunft einkaufen“ – Glaubwürdig wirtschaften in Kirchen

→ „Weniger einkaufen, aber dafür besser“ – so lautet das Motto des ökumenischen Projektes „Zukunft einkaufen“. Ins Leben gerufen wurde dieses Projekt vom Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen zusammen mit Kooperationspartnern, wie den Arbeitsgemeinschaften der Umweltbeauftragten der Gliedkirchen der evangelischen Kirche in Deutschland und der deutschen (Erz-)Bistümer. Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt fördert „Zukunft einkaufen“.

Die katholische und die evangelische Kirche haben mit ihren Kirchengemeinden, Bildungshäusern, Verwaltungsstellen sowie diakonischen und karitativen Einrichtungen eine große, vielfach noch schlummernde Nachfragemacht für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen. Dies gilt besonders für die Bereiche Energie, Büro, Großhaushalte, Transport und Verkehr sowie die technische Gebäudeausrüstung. Das Projekt „Zukunft einkaufen“ möchte dazu beitragen, dass kirchliche Einrichtungen durch die systematische Umstellung ihrer Beschaffung auf ökofairen Konsum ein sichtbares Zeichen setzen und Handlungsspielräume, die sich ihnen als Großverbraucher bieten, kontinuierlich nutzen. Denn, ob Frauengemeinschaft, Jugendgruppe, Pfarrgemeinde oder Seniorenheim: Alle entscheiden mit ihrem Einkauf, welche Dinge wie hergestellt werden. Das reicht von nicht schadstoffbelasteten Textilien und umweltschonendem Recyclingpapier bis hin zu fairem Kaffee.

Die Einführung eines nachhaltigen Beschaffungswesens erfolgt mit Unterstützung des



Projektteam „Zukunft einkaufen“ am Institut für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen

Beratungsteams Schritt für Schritt. Nach einer Analyse der bisherigen Beschaffung werden Handlungsmöglichkeiten für die Umstellung entwickelt und abschließend in der Organisation verankert. Ergänzend zum Managementsystem bietet das Projekt „Zukunft einkaufen“ auch gezielte Produktinformationen und Beratung zu Arbeitsabläufen und Kaufentscheidungen, beispielsweise dazu, welche Label zu bevorzugen sind oder für welche Produkte es Sonderkonditionen im Einkauf gibt. Das standardisierte Managementsystem für Kirchen kann auch von Kommunen genutzt werden.

„Zukunft einkaufen“ ist auf dem Wege, sich zu einem lebendigen Netz zu entwickeln. Diejenigen, die in Kirchengemeinden, Bildungshäusern, kirchlichen Verwaltungen oder Einrichtungen aus Diakonie und Caritas für den Einkauf zuständig sind, kommen miteinander in Kontakt und in Austausch, so dass sie sich gegenseitig beraten und von ihrem Know-how profitieren können. Eine zentrale Rolle für den Aufbau des Netzwerkes spielt die Webseite von „Zukunft einkaufen“:

www.zukunft-einkaufen.de

Kirchliche Einrichtungen, die ihre Beschaffung nach ökologischen und sozialen Kriterien organisiert haben, führen oftmals auch ein integriertes Umweltmanagementsystem ein und erzielen damit zusätzliche positive Effekte: Sie entlasten die Umwelt und reduzieren die Kosten. Dadurch entwickeln sich manche kirchliche Institutionen zu wichtigen Treibern. So wirkt die Evangelische Akademie Bad Boll mit ihrem Engagement gezielt in die Region hinein, gewinnt Produzenten vor Ort für die Erzeugung ökologischer Lebensmittel und schafft somit stabile ökologische Wertschöpfungsketten.



Das Restaurant der Evangelischen Akademie Bad Boll

Die Evangelische Akademie Bad Boll wirtschaftet nachhaltig und stärkt die Region

→ Die Evangelische Akademie Bad Boll ist eine große überregionale Bildungseinrichtung der evangelischen Landeskirche in Württemberg. Die Akademie organisiert Tagungen, Seminare, Vortragsreihen und andere Veranstaltungen und beschäftigt rund 130 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Jährlich nehmen etwa 20.000 Tagungsgäste an ca. 450 Veranstaltungen teil. Der Verbrauch von Energie, Wasser, Papier etc. weist daher eine erhebliche Größenordnung auf, ebenso wie die Versorgung der Tagungsgäste mit Speisen und Getränken.

Umso wichtiger war die Entscheidung, mit einer ökologischen Organisationsentwicklung zu beginnen. Schon Anfang der 90er Jahre wurden ökologische Leitlinien verabschiedet und kontinuierlich weiterentwickelt. Im Jahr 2003 wurde die Akademie nach dem Umweltmanagementsystem „EMAS II“ (Europäische Umwelt-Audit-Verordnung) offiziell zertifiziert. Kurz darauf konnte die „ökologische Säule“ um soziale und ökonomische Aspekte ergänzt und „EMAS PLUS“ eingeführt werden.

Die Akademie verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz, in dessen Rahmen auch die systematische Umstellung auf regional und ökologisch erzeugte sowie fair gehandelte Lebensmittel erfolgt. Regionale Erzeuger werden hierbei gezielt eingebunden. So konnte zum Beispiel der ortsansässige Metzger überzeugt wer-

den, Fleisch aus ökologischer Tierhaltung zu verarbeiten und sich vom ökologischen Anbauverband „Bioland“ zertifizieren zu lassen. Die Akademie motiviert auch andere Produzenten und Lieferanten, ihren Betrieb ressourcenschonend zu organisieren und ihre Produktion nach ökologischen Kriterien auszurichten.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Durch die Regionalisierung des Einkaufs und die fast ausschließliche Verarbeitung frischer Produkte hat die Akademie das Abfallaufkommen speziell in der Küche, um über 80 % reduziert. Verträge mit Lieferanten garantieren die Rücknahme von Verpackungs- und Transportmitteln. Im Kaffee- und Getränkebereich finden größtenteils Mehrweggebinde Verwendung. Rücknahmevereinbarungen gibt es auch im Bürobereich, beispielsweise für Tonerkartuschen, Batterien und Elektroschrott.

Darüber hinaus pflegt die Akademie engen Kontakt mit dem Verband Region Stuttgart, dem Landkreis und den umliegenden Gemeinden, um eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Mit ihrem Engagement gibt die Einrichtung auch überregionale Impulse, so zum Beispiel für eine stärkere ökologische Ausrichtung des evangelischen Kirchentages.

www.ev-akademie-boll.de

Um für kirchliche Einrichtungen die Einsparung von Energie, Wasser, Papier und anderen Ressourcen zu erleichtern, wurden die für sie angepassten Umweltmanagementsysteme „Grüner Hahn“ und „Grüner Gockel“ entwickelt. Weit über 200 Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen in Deutschland arbeiten bereits erfolgreich mit diesen Umweltmanagementsystemen. Weitere führen das System derzeit ein und integrieren auf diese Weise Nachhaltigkeitsaspekte in die Strukturen und Ablaufprozesse ihrer Häuser.

Die beteiligten Landeskirchen, Diözesen und Einrichtungen haben sich im ökumenischen Netzwerk „Kirchliches Umweltmanagement“ (KirUm) zusammengeschlossen. Nach erfolgreicher Einführung des kirchlichen Umweltmanagementsystems besteht für die jeweilige Kirchengemeinde die Möglichkeit, sich durch einen externen Umweltgutachter nach der europäischen Umwelt-Audit-Verordnung (EMAS) zertifizieren zu lassen. ■

5 Neue Wege gehen – den kulturellen Wandel zur Nachhaltigkeit gestalten

Unsere herkömmlichen Verhaltensweisen und Gewohnheiten sind kulturell geprägt, wir haben sie „erlernt“. Um zu einer nachhaltigen Entwicklung zu gelangen, ist neben neuen Technologien auch ein kultureller Wandel hin zu neuen Lebensstilen und Verhaltensweisen notwendig. Wie kann dieser kulturelle Wandel gestaltet werden? In welchen Bereichen gehen Kommunen schon heute engagiert voran?

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung – Schlaue Leute machen Schule

→ Nachhaltige Entwicklung stellt große Anforderungen an die Gesellschaft und jeden Einzelnen: Gewohnheiten müssen infrage gestellt werden, EntscheidungsROUTINEN überdacht, neue Verhaltensweisen entwickelt und innovative Wege gefunden werden.

Bildung kann dafür die Voraussetzungen schaffen. Dafür gilt es, zwei Bedingungen zu erfüllen: Der klassische Zugang zu Bildung wird verbessert und es werden kreative Bildungsformate entwickelt, mit deren Hilfe Wissen, Gestaltungskompetenz und Fähigkeiten für ein zukunftsfähiges Handeln vermittelt werden können. Schulen als kommunale Einrichtungen



sind hier besonders gefragt und gefordert, denn sie werden von Kindern und Jugendlichen aus allen sozialen und kulturellen Milieus besucht.

Neue Formen und Methoden einer Bildung, die sowohl nachhaltig ist als auch die Gestaltungskompetenz für eine nachhaltige Entwicklung vermittelt, erfordert die Öffnung von Schule in die Gesellschaft hinein. Durch die Öffnung von Schule lernen die Kinder und Jugendlichen ihre Selbstwirksamkeit für die Gestaltung ihres persönlichen Lebensumfeldes kennen, hier finden sie Experimentierräume und Möglichkeiten, ihre Kreativität zu entfalten und innovative Ideen in der Praxis zu erproben.

Nachhaltige Entwicklung gilt es in den verschiedenen Lernbereichen zu etablieren, also in Kindergärten, Schulen und Hochschulen. Überall dort ist es von Bedeutung, auch außerschulische und informelle Bildungsprozesse anzuregen und zu unterstützen. Eine nachhaltige Entwicklung richtet sich daher sowohl auf die Bildungsinhalte als auch auf das Management und die Organisation der Bildungseinrichtungen selbst, denn neue Lernformen sind auch mit einem Prozess der eigenen Organisationsentwicklung verbunden.

Kommunale Politik und Verwaltung können die Aktivitäten von Schulen und Bildungseinrichtungen maßgeblich in diese Richtung befördern.



Kinder auf Entdeckungsreise in der Natur

Erlebnistouren in Siegburg

→ Viele Kinder und Jugendliche kennen sich heute gut mit Computerspielen oder Comics aus, wissen aber nur wenig über die Tiere oder Pflanzen ihrer unmittelbaren Umgebung. Die rund 40.000 Einwohner zählende Kreisstadt Siegburg in der Nähe von Bonn ist seit vielen Jahren engagiert, um ein breitgefächertes Programm an Natur-Erlebnistouren zu organisieren und für Kindergärten, Schulen und Gymnasien anzubieten. Die Erlebnistouren des Umweltamtes vermitteln praktisches ökologisches Grundwissen und bieten spannende Naturerfahrungen „direkt vor der eigenen Haustür“.

Erstmals gestartet im Jahr 2002 mit 20 Veranstaltungen, beinhaltet das jährlich neu aufgelegte Programm heute rund 100 Erlebnistouren zu allen Jahreszeiten. Unter dem Motto „Nur was ich kenne, kann ich schützen“ werden

altersgerechte Wanderungen angeboten, die den Entdeckergeist der Kinder und Jugendlichen wecken und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Natur schulen. Die Nachfrage bei Kindergärten und Schulen ist so groß, dass die Angebote mittlerweile schnell ausgebucht sind.

Die Aktivitäten zur Umweltbildung korrespondieren mit zahlreichen weiteren Veranstaltungen, die die Stadt Siegburg im Rahmen der Bildung für nachhaltige Entwicklung organisiert. So findet unter anderem jährlich ein großes internationales Kinder- und Jugendfest statt, an dem sich der Siegburger Integrationsrat und über 80 weitere Einrichtungen beteiligen. Kinder sind hier nicht nur als Zuschauer gefragt, sondern gestalten auch eigene Veranstaltungen für ihre Altersgruppe.

www.siegburg.de/stadt/siegburg/umwelt

Erfurt – Bildung für nachhaltige Entwicklung vor Ort umsetzen

→ Die thüringische Landeshauptstadt Erfurt hat mit dem Stadtratsbeschluss „Erarbeitung eines Konzeptes zur nachhaltigen, zukunftsbeständigen Entwicklung der Landeshauptstadt Erfurt für das 21. Jahrhundert“ bereits 1998 ihren politischen Willen zur Entwicklung einer Lokalen Agenda 21 erklärt. Die Umsetzung wird seitdem über eine Vielzahl von Einzelbeschlüssen und konkreten Maßnahmen in unterschiedlichen Bereichen forciert: Die Unterzeichnung der UN-Millenniumserklärung, Beschlüsse zur solargerechten Bauleitplanung und zu einem Klima- und Energiekonzept stehen hierbei ebenso beispielhaft für grundsätzliche strategische Ausrichtungen wie die Einführung eines Bürgerbeteiligungshaushaltes.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Energiesparprojekten in Erfurter Schulen, das Projekt ÖKOPROFIT mit der Wirtschaft sowie die Erfurter „Grüne Hausnummer“ sind konkrete Beispiele für erfolgreiche Projekte, die explizit auch Bildungsaspekte adressieren. Von bürgerschaftlicher Seite bieten die junge Initiative „Transitiontown Erfurt“ und die „Erfurter Energiegenossenschaft“ seit dem Jahr 2011 neue Anknüpfungspunkte einer nachhaltigen Entwicklung, in der Bildung und Kommunikation auf Basis eigener Gestaltungsmöglichkeiten eine integrale Rolle spielen.

Aufgrund dieser und anderer positiver Effekte wurde Erfurt bereits zwei Mal als UN-Dekade-Kommune „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet. Die Kommune wirkt zur Weiterentwicklung nachhaltiger Bildung in bundesweiten Netzwerken mit und nimmt seit 2009 am Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ teil.

Erfurt strebt an, sich in den nächsten Jahren zum innovativen Bildungsstandort und als Ort lebenslangen Lernens zu entwickeln. Verbindender Aspekt ist das Ziel, Bildungslandschaften zu etablieren. Ausgehend von einem Bildungsleitbild, in dem Bildung für nachhaltige Entwicklung



Erfurter Rathaus mit Fahnen „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

fest verankert ist, werden sukzessive Bausteine des Bildungsplanes, des Bildungskataloges und eines umfassenden strategischen Bildungsmanagements realisiert. Eine Grundlage für die beschriebenen Bildungsaktivitäten bildet das 2008 verabschiedete integrierte Stadtentwicklungskonzept „Erfurt 2020“, das in enger Abstimmung mit Bildungsakteuren in der Kommune fortgeschrieben wird.

Organisationale Veränderungen in der Verwaltung, wie die Einrichtung eines Bildungsamtes, sind bereits erfolgt. Vorgesehen ist die Erweiterung von Grundschulen zu Ganztageschulen sowie die fortwährende breite Einbindung der Zivilgesellschaft. Hierdurch entstehen neue Lernkulturen, in denen die Elemente „Selbermachen“, „Ermöglichen“ und „Anregen“ eine zentrale Rolle spielen. Ziel ist es, die Inhalte im eigenen Verantwortungsbereich der Stadt so voranzubringen und umzusetzen, dass sie im Sinne der Vorbild- und Initialwirkung in die Stadtgesellschaft hineinwirken.

www.erfurt.de/ef/de/engagiert/agenda21

Einige Kommunen verfolgen einen umfassenden Nachhaltigkeitsansatz und haben darin zu meist auch das Thema Bildung für nachhaltige Entwicklung an prominenter Stelle verankert.

Aus den zahlreichen Beispielen für gute und erfolgreiche Praxis geht hervor, dass Konzepte wie situatives Lernen und „Lernen vor Ort“, Elternpartizipation, Exkursionen, Netzwerkbildung mit anderen

Einrichtungen, Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Zusammenarbeit von Schulen und Unternehmen von großer Bedeutung sind. Hierzu gehören auch Schülerfirmen, die ein erfolgreiches Modell innerhalb eines umfassenden Bildungsansatzes darstellen.

Nachhaltige Schülerfirmen bieten ein erhebliches Potenzial für den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen. Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche aus eher bildungsfernen Milieus. Schülerinnen und Schüler lernen anhand der Arbeit in

Schülerfirmen, ihr Wissen in Alltagssituationen anzuwenden und die Auswirkungen ihres Handelns einzuschätzen. Diese Projekte können mit Aktivitäten anderer zivilgesellschaftlicher Akteure und vor allem mit kleinen und mittleren Unternehmen vor Ort sowie auch der kommunalen Verwaltung gekoppelt werden. Nicht zuletzt sind Schülerfirmen eine gute Möglichkeit, junge Menschen auf die zukünftige Arbeitswelt vorzubereiten und sie darin später auch für soziales und ökologisches Engagement zu motivieren. Dabei können sie sogar Projekte der Entwicklungszusammenarbeit initiieren und erstaunliche Effekte erzielen.

Die Schülerfirma Namaste Nepal S-GmbH aus Freiberg

➔ Im Jahr 2005 gegründet, leistet die Freiburger Schülerfirma des Geschwister-Scholl-Gymnasiums praktische Entwicklungshilfe in Nepal. In dem kleinen nepalesischen Bergdorf Gati werden mit den von den Schülerinnen und Schülern erwirtschafteten und den gespendeten Geldern vor allem Projekte im Bildungsbereich für Kinder, Jugendliche und Erwachsene gefördert. Dadurch wurden in Gati ein Kindergarten und ein neues Schulgebäude errichtet sowie ein Großteil der Gehälter der Lehrkräfte und auch Fort- und Weiterbildungen finanziert. Darüber hinaus wird von den Schülerinnen und Schülern angestrebt, eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung vor Ort zu initiieren, damit das Dorf den Betrieb der aufgebauten Infrastruktur künftig selber unterhalten kann. Durch eine enge Zusammenarbeit mit zuverlässigen Partnerorganisationen und engagierten Menschen in Nepal ist es gelungen, weitere Projekte in anderen Dörfern zu beginnen. So wurde unter anderem im Nachbardorf Dandakateri eine Grundschule nach dem gleichen Prinzip neu errichtet.

Die Maßnahmen in Nepal erfordern jährlich etwa 30.000 Euro, die die Schülerfirma mit Hilfe verschiedener Projekte vor Ort in Freiberg erwirtschaftet: so durch den jährlichen „Nepallauf“, den Verkauf eines selbst gestalteten Nepalkalenders, die Einspeisevergütung aus der firmeneigenen Photovoltaikanlage und weitere Aktionen.

Durch eine aktive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und den persönlichen Kontakt mit den Unterstützern ist es der Namaste Nepal S-GmbH gelungen, ihr Geschäftsmodell auf eine breite Basis zu stellen: Der Erfolg resultiert aus den vielen kleinen Beiträgen von unzähligen vielen Menschen. Darüber hinaus konnten schon Nachahmer gefunden werden, die nun an anderen Schulen ähnliche Projekte einer partnerschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit ins Leben gerufen haben. Nicht zuletzt zeugen zahlreiche gewonnene Wettbewerbe vom erfolgreichen und innovativen Konzept der Freiburger Schülerfirma. Mit über 3000 Gymnasien in Deutschland ist das Potenzial für die Umsetzung ähnlicher Konzepte an anderen Orten beachtlich.

www.nepalfreiberg.de



Schüler aus Gati und Freiberg gemeinsam vor der Schule

Außerschulische Lernorte haben sich als bedeutsam erwiesen, da sie alltagsnahe und lebenslange Lernprozesse bei allen soziokulturellen Milieus und Altersschichten fördern. Vor allem die Aktivitäten im Rahmen der „UN-Dekade Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ haben in Deutschland dafür wichtige Impulse gegeben. Dabei wurden Kooperationen und Netzwerke angebahnt sowie innovative Praxisprojekte vor Ort umgesetzt und ausgezeichnet, darunter auch Kommunen, die Bildung für nachhaltige Entwicklung vorbildlich in allen Bereichen vor Ort umsetzen. Der Titel „Kommune der UN-Bildungsdekade“ wurde in Deutschland bereits an 13 Städte und Gemeinden ver-

geben. In diesen Kommunen wird auch die außerschulische Bildung unterstützt und gefördert: Politik und Verwaltung lernen dabei neue Beteiligungsverfahren, die Bürgerinnen und Bürger lernen, ihre Erfahrungen und ihr Engagement gezielter einzubringen, junge und alte Menschen lernen gemeinsam, neue Formen des zukunftsfähigen Miteinanders zu gestalten. Die Erfolge zeigen, dass Impulse und Unterstützung aus Bundes- und Landesebenen spürbar dazu beitragen können, Nachhaltigkeitsinitiativen vor Ort zu stärken und wichtige Beiträge der lokalen Ebene für den kulturellen Wandel zur Nachhaltigkeit voranzubringen.

Das BOA-Netzwerk Minden stärkt den sozialen Zusammenhalt

→ Im Mindener Stadtviertel „Obere Altstadt“ leben etwa 2.300 Menschen. Da wohnt der Professor neben der kinderreichen Familie mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen. Trotz der schwierigen Ausgangslage engagieren sich in diesem Viertel zahlreiche Personen aus Bürgerinitiativen, Ver-

bänden, Kirchengemeinden und Bildungseinrichtungen, um sozial Schwächere zu unterstützen, Freizeitangebote bereitzustellen und das Stadtviertel ökologisch zu gestalten. Über 20 Einrichtungen haben sich zu diesem Zweck im BOA-Netzwerk „Bildung für nachhaltige Entwicklung in der oberen Altstadt“ zusammengeschlossen. Weitere sollen in den nächsten Jahren hinzukommen.



Das Eine-Welt-Dorf in Minden erhielt dank vieler fleißiger Helfer eine neue Unterkunft: Das Grodno-Haus. Sein Name steht für die lange Partnerschaft der Städte Grodno (Weißrussland) und Minden, die von der „Aktionsgemeinschaft Friedenswoche“ angestoßen wurde

Bildung für nachhaltige Entwicklung kommt hier als umfassendes Konzept zur Anwendung, bei dem die Gestaltungskompetenz jeder/jedes Einzelnen im Mittelpunkt steht. Zur Gestaltung des Quartiers werden alle eingeladen: Junge und Alte, Einheimische und Zugewanderte, etablierte Familien und Menschen in prekären Lebenssituationen. So gehören auch erwerbslose Menschen, die oft an den Rand der Gesellschaft gerückt werden, zu den Akteuren der Stadtentwicklung und vergrößern durch ihr Engagement auch die eigenen Chancen für einen beruflichen Wiedereinstieg.

Das Stadtviertel hat sich aufgrund des langjährigen Engagements seiner Bewohner zu einem weltoffenen und bürgernahen Zentrum mit überregionaler Ausstrahlungskraft entwickelt: Ähnlich sozial gemischte Stadtviertel in anderen Kommunen haben bereits Interesse an diesem Kooperationsmodell bekundet.

www.boa-netzwerk-minden.de



Bürgerfest Erfurt 2011: Die Stadt präsentiert sich als Bildungsstandort

Alltagskultur – Neue Gestaltungsmöglichkeiten durch Ressourcenschonung

Der kulturelle Wandel hin zu einer nachhaltigen Entwicklung geht mit einer Veränderung von Werten und Lebensstilen einher. Kunst und Kultur können dabei mit ihren vielfältigen Ausdrucksformen neue Wege bei der Gestaltung zukunftsfähiger Lebens- und Wirtschaftsweisen aufzeigen.

Kommunen bieten hierfür optimale Experimentierräume. Insbesondere der schonende Umgang mit Ressourcen hat sich zu einem Handlungsfeld entwickelt, bei dem kommunale und zivilgesellschaftliche Akteure unkonventionelle Wege der Weiterverwendung und Wiederverwertung von Materialien finden.

Daran schließen sich oftmals weitere kreative Vorhaben an, die zur Ressourceneinsparung durch Verhaltensänderung beitragen. So werden Angebote für eine umweltfreundliche Mobilität entwickelt, genossenschaftliche Kooperationsmodelle erprobt oder leerstehende Grundstücke und Gebäude durch innovative Zwischennutzungen aufgewertet.

Unter dem Leitmotiv der Weiternutzung und Wiederverwendung von Produkten engagieren sich zahlreiche Initiativen in Kommunen, die gebrauchte Güter und Materialien sammeln und sie gegen eine geringe Aufwandsentschädigung gemeinnützigen Einrichtungen zur Verfügung stellen. Auf diese Weise werden auch einkommensschwache Personen in künstlerisch-kreative Tätigkeiten eingebunden und parallel zum ökologischen Nutzen wird auch eine soziale Unterstützung geleistet.

KUNST-STOFFE – Zentralstelle für wiederverwendbare Materialien in Berlin

→ Plexiglas, Holzlatten, Stoffe, Schrauben oder Farben – dies alles und vieles mehr lässt sich gut brauchen, wenn man in Kindergärten und Schulen kreative Ideen entwickeln und mit jungen Menschen umsetzen will. Aber woher lassen sich diese Materialien kurzfristig in größeren Mengen und vor allem zu geringen Kosten beschaffen? Das Team von Kunst-Stoffe, mit Sitz in Berlin-Pankow, hat darauf eine einfache Antwort: „Bei uns im Gebraucht-Materiallager.“

Die 2006 gegründete „Zentralstelle für wiederverwendbare Materialien“ ist ein Umverteilungszentrum für Rest-, Abfall- und Ausschuss-Produkte, die sich für die Weiternutzung eignen, im künstlerischen Bereich, für Bildungsarbeit, für Design und Eigenbau.

Die Materialien werden gesammelt, sortiert und zu günstigen Preisen an Bildungseinrichtungen, Kunstprojekte, Theater, Vereine und Einzelpersonen abgegeben. Dort werden sie in Kunstwerke, Bühnenbilder, Dekorationen und Einzelstücke verwandelt. Die gebrauchten Deko- und Baustoffe stammen unter anderem aus Messebauten, wo sie nach dem Ende üblicherweise als Müll entsorgt werden. Nicht mehr benötigte Materialien können nach vorheriger Absprache beim Verein abgegeben werden. Damit wird ein effektiver Beitrag zur Ressourcenschonung und Abfallvermeidung geleistet. Ergänzend zum Materiallager bietet die Einrichtung offene Werkstätten für Metall-, Holz- und Textilverarbeitung sowie Ateliers an. Im Rahmen von Workshops werden unterschiedliche Zielgruppen mit der Praxis ökologischer Gestaltung vertraut gemacht und der ökologische Umgang mit Ressourcen thematisiert. Im Kursangebot enthalten ist auch die Herstellung von Lastenfahrrädern.

Das Land Berlin hat das Vorhaben bislang mit preisgünstigen Räumen in einer landeseigenen Immobilie unterstützt, die dem Verein als Zwischennutzung zur Verfügung gestellt werden.

Das mehrfach ausgezeichnete Projekt ist ein klassisches Beispiel für den gelungenen Transfer einer kreativen Idee. Der Ansatz wurde aus New York adaptiert, wo seit über 30 Jahren wiederverwertbare Materialien gesammelt und für die weitere kreative Verwendung zur Verfügung gestellt werden. Die Berliner Akteure sind an einer Verbreitung des Modells interessiert und geben ihre Erfahrungen im Rahmen verschiedener Netzwerke weiter. Eine Nachahmung in anderen Kommunen ist erwünscht.

www.kunst-stoffe-berlin.de



Grundschulkindern bauen im Workshop „Weg mit den Mogelpackungen“ ihr Modell einer zukünftigen Stadt

Ähnliche Synergie-Effekte zwischen Umwelt- und Sozialpolitik lassen sich durch Tauschbörsen erzielen. In vielen Städten sind beispielsweise Sozialkaufhäuser entstanden, die gebrauchte und gut erhaltene Güter sammeln und unentgeltlich an sozial bedürftige Personen abgeben oder

kostengünstige Möglichkeiten für den Einkauf bieten. Verbunden sind mit diesem Handelsmodell zumeist auch Beschäftigungsangebote und Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbslose, um eine Reintegration in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.



Verschenmarkt Oldenburg

Zum Wegwerfen zu schade – Tausch- und Verschenmärkte

➔ In Tausch- und Verschenmärkten geben Bürgerinnen und Bürger gut erhaltene, aber nicht mehr benötigte Gebrauchsgüter ab und stellen diese kostenlos oder im Tausch anderen Personen zur Weiternutzung zur Verfügung. Als Plattform können dabei beispielsweise nicht kommerzielle Online-Börsen dienen, die wie in der sächsischen Landeshauptstadt Dresden von der Kommune oder wie in der niedersächsischen Stadt Oldenburg vom Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt betrieben werden.

Zudem gibt es feste Standorte, an denen die gebrauchten Güter vor Ort aufgenommen und getauscht werden können. In Dresden wird mit der „Sozialwarenhalle“ speziell ein Angebot für sozial Bedürftige geschaffen. Gebrauchsgüter wie Kleidung, Bücher, Möbel, Spielzeug, Geschirr werden unentgeltlich an Personen abgegeben, die einen Dresdner Sozialpass besitzen. Verbunden sind damit zahlreiche weitere Aktivitäten wie Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose, die selbst wiederum die Sozialwarenhalle betreuen.

Ähnlich funktioniert auch „fairKauf“ in Hannover – ein rege besuchtes Kaufhaus im Zentrum der Stadt, das gut erhaltene Gebrauchsgüter zu erschwinglichen Preisen anbietet und Erwerbsmöglichkeiten sowie Qualifizierungsangebote für Erwerbslose bereitstellt. „fairKauf“ ist eine Nahtstelle zwischen einer Sozialeinrichtung und dem klassischen Einzelhandel und hat sich zu einem Ort der Begegnung entwickelt.

In Oldenburg ist der Verschenmarkt eine Initiative der Lokalen Agenda 21, die mit einem Agenda-Büro bei der Kommune angesiedelt ist. Der Verschenmarkt selbst wird ausschließlich von Ehrenamtlichen betrieben.

Neben sozialen Aspekten leisten Tausch- und Verschenbörsen einen wertvollen Beitrag für die Umwelt, denn sie verhelfen Gütern zu einer längeren Nutzungsdauer. Dadurch werden natürliche Ressourcen geschont.

www.oldenburg.de > Agenda 21

www.fairkauf-hannover.de

www.qad-dresden.de>Projekte

Eine weitere Form der Ressourcenschonung stellt die Zwischennutzung von Grundstücken und Gebäuden dar. Dies ist für Kommunen aus unterschiedlichen Gründen ein wichtiges Thema. Mit temporären Nutzungsformen lässt sich beispielsweise die Bau-substanz von kommunalen Wohn- und Geschäftsimmobilien erhalten, die entweder zum Verkauf stehen oder von Leerstand bedroht sind. Oftmals ist

mit innovativen Formen der Zwischennutzung auch eine Aufwertung der Stadtviertel verbunden, da neue soziale Zusammenhänge entstehen und Besucher angelockt werden. Mit künstlerischen Aktivitäten kann dabei in besonderem Maße öffentliche Aufmerksamkeit erzeugt und positiv auf die Stadtentwicklung eingewirkt werden.

„Kunst statt Leere“ schafft erfolgreiche Nachnutzung in Fürstenwalde

→ Einmal im Jahr werden im Zentrum der brandenburgischen Stadt Fürstenwalde verwaiste Geschäftsräume zu kleinen Galerien umgewandelt und Künstlerinnen und Künstler aus der Region erhalten die Möglichkeit, ihre Werke einem breiten Publikum zu präsentieren. So werden in einer ehemaligen Bäckerei Keramik, Skulpturen und Gemälde in der Weihnachtszeit zum Verkauf angeboten und Nachbarn, Einwohner und Touristen zum Hereinschauen eingeladen.

Die Idee „Kunst statt Leere“ entstand 2005 aus dem ZIS-Programm (Zukunft im Stadtteil) der Stadt Fürstenwalde und wird mit Unterstützung der Lokalen Agenda 21 durch die Gruppe „Kuenstlerhandwerk“ weitergeführt. Während der Ausstellungen bieten die Künstlerinnen und Künstler für alle Generationen wechselnde Kurse zum Mitmachen an. Ziel ist es, das kulturelle Leben in der 32.000 Einwohner zählenden Stadt zu bereichern und die Innenstadt neu zu beleben. Mit Erfolg: Bisher haben alle Geschäftsräume nach der Zwischennutzung durch die Hobby-Galeristen einen gewerblichen Nachmieter gefunden. Die Aktionen schaffen Raum für neue Ideen und helfen, Leerstand zu vermindern.

Mittlerweile hat sich ein eigenständiger Verein „Kuenstlerhandwerk e.V.“ gegründet, der neben der Organisation der temporären Aktionen auch dauerhaft eigene Räume bewirtschaftet und Ausstellungen zeigt. In wechselnder Folge decken

die Künstlerinnen und Künstler selbst die Öffnungszeiten ab und ermöglichen so den direkten Kontakt zum Publikum.

Alle Daueraussteller stammen aus der Region Fürstenwalde, ihre Objekte sind Unikate. Neben den Kursen in den Ausstellungsräumen gibt es durch einige Künstler auch Angebote für Kitas, Schulen, aber auch für private Gruppen und für Senioren. Speziell für Menschen mit geringem Einkommen werden individuelle Rahmenbedingungen geschaffen, kreativ zu sein und ihre künstlerischen Arbeiten zu präsentieren.

www.la21-fuerstenwalde.de



„Kunst statt Leere“ - Ausstellungseröffnung 2008



Picknick und Flächenplanung im „Allmende-Kontor“, einer Pionierfläche auf dem ehemaligen Flughafen Tempelhof

Partizipative Stadtentwicklung – Kreative Ideen nutzen

Am besten lassen sich die vielfältigen Bedürfnisse lokaler Akteure dort vereinbaren, wo Menschen vor Ort direkt in Planungsprozesse einbezogen werden und zum Beispiel mit Hilfe professionell organisierter Planungsworkshops und Zukunftswerkstätten ihre Ideen entwickeln können. Ansätze hierfür wurden in den letzten Jahrzehnten kontinuierlich erweitert und auch durch staatliche Fördermaßnahmen wie das „Gesunde Städtenetzwerk“ oder das Programm „Soziale Stadt“ unterstützt.

An vielen Stellen versuchen Bürgerinnen und Bürger aber auch von sich aus, Freiräume im Stadtbild zu nutzen und kreativ zu entwickeln. Interkulturelle und ökologische Stadtgärten sind hierfür wohl eines der bekanntesten Beispiele. Nach dem Vorbild der „Community Gardens“, die erstmals zu Beginn der 70er Jahre in New York von Einwohnerinnen und Einwohnern auf städtischen

Brachen angelegt wurden, entstand in Deutschland seit Mitte der 90er Jahre eine Vielzahl solcher Gemeinschaftsgärten.

Von Beginn an wurde hier neben ökologischen und stadträumlichen Aspekten der Blick auf die Stärkung des sozialen Miteinanders sowie der interkulturellen Kompetenz gerichtet. Bei der gemeinsamen Gartenarbeit werden Kontakte zwischen Menschen unterschiedlicher sozialer sowie kultureller Herkunft ermöglicht, sprachliche Barrieren überwunden und Verständnis für andere kulturelle Identitäten erzeugt. Viele der deutschlandweit über 120 Gemeinschaftsgärten sind aus Eigeninitiative der Anwohnerinnen und Anwohner in Kooperation mit lokalen Agenda-21-Gruppen und Kommunalverwaltungen entstanden. In Berlin ist das innovative Konzept bereits auf dem Wege, Eingang in die Stadtplanung zu finden.

Innovative Zwischennutzung – Berlin geht neue Wege

→ Berlin ist als kulturell facettenreiche und grüne Metropole fortwährend im Umbruch begriffen und daher auch ein attraktiver Ort für experimentelle Ansätze im Sinne eines „Stadt-Raum-Labors“.

Dieser Aspekt wird auch bei der Nachnutzung des 2009 stillgelegten innerstädtischen Flughafens Berlin-Tempelhof berücksichtigt. Die Gestaltung des rund 390 Hektar großen Geländes stellt eine der großen Zukunftsaufgaben der Hauptstadt dar. Kreativität und innovative Ideen der Berliner Einwohnerinnen und Einwohner sind gefragt. Dabei beschreitet die Stadt selbst neue Wege und stellt in großem Umfang Flächen für Pionier- und Zwischennutzungen bereit. Nachhaltigkeitsorientierten und innovativen Projekten wird die Möglichkeit gegeben, attraktive Angebote für Erholung und Freizeit zu schaffen und neue unternehmerische, soziale und kulturelle Konzepte umzusetzen. Zwischennutzungen auf Brach- und Sanierungsflächen gibt es bereits an vielen Orten der Stadt. Aber auf dem ehemaligen Flughafengelände wird erstmalig das Experiment unternommen, stufenweise Pioniernutzungen gezielt in einen kommunalen Planungsprozess zu integrieren.

Das „Allmende-Kontor“ ist eines dieser zivilgesellschaftlichen Pionierprojekte. Entstanden aus einem breiten Netzwerk von Aktivistinnen und Aktivisten aus verschiedenen Berliner Gemeinschaftsgärten und aus diversen Projekten der urbanen Landwirtschaft, verbindet die Initiative allein in dem entstandenen Garten des Projektes über 700 Akteure unterschiedlicher Nationalitäten und sozialer Schichten. Ziel des Allmende-Kontors ist es, sich über den Garten hinaus, als Lernort mit einer Vernetzungs- und Beratungsstelle für die zahlreichen gemeinschaftlich organisierten Garteninitiativen in Berlin zu etablieren und partizipatives Engagement für Stadtentwicklung, Klimaschutz, Stadtökologie und Biodiversität zu leben und zu unterstützen. Im Rahmen des Projektes soll auch ein Gerätepool sowie ein Speicher für den Erhalt

und den Austausch von selbst gewonnenem Saatgut entstehen. Öffentlicher städtischer Freiraum wird im Garten des Allmende-Kontors auf der Tempelhofer Freiheit durch die gemeinschaftliche Nutzung und Gestaltung als Gemeinschaftsgut (Allmende) ins Bewusstsein gebracht und erlebbar gemacht.

Eine anderes Pionierprojekt mit dem Titel „Plattenvereinigung“ wird in Kooperation zwischen der TU Berlin und der „zukunftsgeraeusche GbR“ durchgeführt und von der Deutschen Bundesumweltstiftung gefördert. Als Medium, Lehrobjekt und Veranstaltungsraum wird ein temporäres und mobiles Gebäude aus wiederverwendeten Betonbauteilen errichtet, die aus ehemaligen ost- und westdeutschen Plattenbauten stammen. Das Gebäude dient als Lehrbaustelle für Auszubildende aus dem Bauwesen sowie als Lehrobjekt für Studium und berufliche Weiterbildung. Zudem steht ein interdisziplinäres und kulturelles Programm im Zentrum des Vorhabens, um eine breite Diskussion von Inhalten zum Thema Recyclingkultur und Stadtentwicklung zu erreichen und Akteure zu vernetzen.

Die Zeit der Zwischennutzung ist beschränkt. Die Freiflächen auf dem ehemaligen Flughafengelände werden sich verändern, denn Berlin hat 2009 den Zuschlag für die Ausrichtung der Internationalen Gartenausstellung (IGA) im Jahr 2017 erhalten, die auf dem Tempelhofer Feld stattfinden wird. Einige der Pionierprojekte können möglicherweise in das Konzept der IGA integriert werden und sich später als dauerhafte Einrichtungen entfalten – die Entwicklung ist an dieser Stelle offen. Sie hängt nicht zuletzt von der weiteren Bereitschaft der Stadt ab, mit ihren zivilgesellschaftlichen Akteuren gut zu kooperieren. Ein vielversprechender Anfang ist auf jeden Fall gemacht.

www.tempelhoferfreiheit.de/mitgestalten/pionierprojekte



Gartengestaltung im Allmende-Kontor Berlin

Interkulturelle Zusammenarbeit – Anschlüsse im Alltag suchen

Die Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Lebenserfahrungen ist ein Reichtum, den Städte und Gemeinden aktiv nutzen können. In zahlreichen Kommunen leben Menschen mit Migrationshintergrund, die ihre Kenntnisse und Fähigkeiten bereits heute schon bei der Gestaltung einer zukunfts-

higen Entwicklung einbringen. Auch haben etliche Kommunen gemeinsam mit Akteuren vor Ort geeignete Formen der Ansprache und Mitwirkung entwickelt, die für Menschen aus anderen Kulturen lebensweltliche Anschlüsse im Alltag bieten und ein gemeinschaftliches Zusammenleben gezielt befördern.

Aalen is(s)t international

→ Aalen ist eine 67.000 Einwohner zählende Flächenstadt, unweit der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart gelegen. In Aalen leben Menschen aus 117 Nationen. Das gute Zusammenleben vieler Kulturen ist den Bürgerinnen und Bürgern ein wichtiges Anliegen. Dabei suchen Sie auch nach Wegen, eine unkomplizierte gegenseitige Verständigung zu ermöglichen. So ist zum Beispiel bei der gemeinsamen Zubereitung nationaltypischer Speisen das Kennlernen anderer Kulturen auch ohne die Kenntnis vieler Worte in anderen Sprachen möglich. Der Verein „Kulturküche Aalen e.V.“, entstanden aus dem lokalen Agenda-21-Prozess, hat diese Idee kreativ umgesetzt und zahlreiche internationale Kochbegegnungen organisiert. Menschen, die in Aalen ihre neue Heimat gefunden haben, kochen dabei gemeinsam nach Rezepten ihrer Herkunftsregionen. Entstanden ist daraus ein einzigartiges Kochbuch: „Aalen is(s)t international“, das 2011 im Aalener Rathaus vorgestellt wurde und das sich als Verkaufsschlager entpuppt.

Entwickelt wurde die Idee bei einem internationalen Picknick im Interkulturellen Garten – einem bereits seit 2005 erfolgreich laufenden Integrationsprojekt der Kulturküche. Das Kochbuch stellt daher nicht nur Rezepte vor, sondern auch die Menschen und Gruppen, die an der Entstehung mitgewirkt haben.

Mit dem Kochbuch und den anderen Aktionen des Vereins wird die Vielfalt in Aalen dargestellt und ein positives Zeichen für den Integrationsprozess vor Ort gesetzt.

www.kulturkueche-aalen.de



Integrationslotsen wurden in Hannover zu Umweltlotsen qualifiziert, Kooperationspartner ist das Agenda-21-Büro der niedersächsischen Landeshauptstadt



Kulturküche Aalen - TAMILISCHER KOCHTREFF

Interkulturelle Zusammenarbeit funktioniert dann besonders gut, wenn Menschen gemeinsam etwas aufbauen und gestalten können und über ihr gemeinsames Tun sowohl ihre eigene Kultur vermitteln als auch Verständnis für andere Kulturen entwickeln können. Niedrigschwellige Zugänge wie das gemeinsame Kochen und Gärtnern erleichtern den Einstieg und öffnen das Tor für weitergehende Aktivitäten.

Auch in Hannover wirken Migrantinnen und Migranten schon seit vielen Jahren gezielt in Agenda-21-Prozessen mit – ein nachahmenswertes Modell: Die langjährigen Erfahrungen in Hannover zeigen, dass der Integrationsprozess hierdurch unterstützt und erleichtert wird. ■

Hannover wirkt integrativ – auch für den Klimaschutz

➔ Bereits im Juni 1995 hat der Rat der Landeshauptstadt Hannover den Zielen der Agenda 21 zugestimmt. Daraufhin wurde ein kommunales Agenda-21-Büro eingerichtet. Zahlreiche Projekte konnten seither innerhalb und außerhalb der Verwaltung umgesetzt werden. Hannover ist zudem seit langer Zeit sehr aktiv im Klimaschutz und engagiert sich ebenso für eine nachhaltige Entwicklung in anderen Bereichen. 2011 wurde Hannover als "Europäische Hauptstadt der Biodiversität" und als "Hauptstadt des Fairen Handels" ausgezeichnet.

Verbreitet wird das Leitbild der Nachhaltigkeit durch Agenda-21-Zeitungen, Webseiten, vielfältige Veranstaltungen und durch das Agenda-21-Plenum. Seit Beginn des Agenda-21-Dialogs achten die kommunalen Akteure darauf, dass bei Nachhaltigkeitsaktivitäten Migrantinnen und Migranten beteiligt sind und interkulturelle Aspekte berücksichtigt werden. Hierzu haben Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Fachbereichen eine „Interkulturelle Arbeitsgruppe für Beteiligung und Engagement“ gegründet, in der auch Migrantinnenorganisationen mitwirken. Mit diversen Aktivitäten werden die Beteiligung und das freiwillige Engagement von Menschen ausländischer Herkunft gefördert, so auch beim Thema Umweltschutz. Mehrsprachige Informationsmaterialien, zum Beispiel über Mülltrennung, effiziente Heiztechniken, Energiesparen, Gesundheit und Umwelt sowie fairen Handel bieten Unterstützung für das Alltagshandeln von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund. Begleitet werden diese Handreichungen durch verschiedene Aktivitäten wie Besichtigungen, Vorträge oder Wasserfeste.

Neben der Verbreitung von Informationsmaterialien spielt auch die direkte Beteiligung, Qualifizierung und Beratung von Migrantinnen und Migranten eine große Rolle. Sie können als Multiplikatoren entsprechend ihrer kulturellen Erfahrungen und Lebensstile gezielt an Menschen aus ihren Herkunftsregionen herantreten, diese für

Umweltbelange sensibilisieren und das Gelernte vermitteln.

So wurde im Jahr 2000 unter Leitung des Agenda-21-Büros und des Büros für interkulturelle Angelegenheiten ein Projekt initiiert, das über zwei Jahre Migranten als Umweltberater für Migranten qualifizierte. Mehrere Beteiligte gründeten nach Projektende den Verein „Migranten für Agenda 21 e.V.“. Der Verein widmet sich vor allem den Themen Gesundheitsförderung, Umweltschutz im Haushalt sowie einem verantwortungsbewussten Konsumverhalten. 2005 folgte unter dem Titel „Klimaschutzberatung für Migranten von Migranten“ im Auftrag der Stadt eine Beratungskampagne für Klimaschutz, Wohnqualität und Nebenkosten-senkung, bei der arbeitslose Migrantinnen und Migranten zu Umweltberatern ausgebildet wurden. Im Jahr 2009 konnten in Kooperation mit der Volkshochschule, dem Agenda-21-Büro und dem Verein „Migranten für Agenda 21 e.V.“ Integrationslotsen zu Umweltlotsen qualifiziert werden.

Das Projekt „Vom WerteWandel zu WandelWerten“ ist ein weiteres Beteiligungs- und Bildungsprojekt, das neben Ressourcenschutz und Abfallvermeidung auch das Ziel von Existenzgründungen verfolgt und die Entwicklung nachhaltiger Produkte mit entsprechendem Marketing anstrebt. Das Vorhaben wurde 2005 als Projekt der UNESCO zur Dekade „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ ausgezeichnet.

Migrantinnen und Migranten engagieren sich auf vielfältige Weise ehrenamtlich in Vereinen, Initiativen und Projekten. Zur Unterstützung ihrer Aktivitäten ist teilweise eine professionelle Begleitung der ehrenamtlichen Arbeit erforderlich, denn Netzwerke müssen aufgebaut und koordiniert werden. In Hannover wird diese wichtige Unterstützung auch durch das kommunale Agenda-21-Büro gewährleistet.

www.agenda21.de

6 Zivilgesellschaftliches Engagement – Ressource für Innovation

Menschen engagieren sich für ihre Kommune, wenn ihnen sinnstiftende Mitwirkungsmöglichkeiten geboten werden. Auf welche Weise können Bürgerinnen und Bürger ihre Fähigkeiten, Erfahrungen, Kontakte und Interessen bei der Gestaltung des kulturellen Wandels einbringen? Wie nutzen Kommunen zivilgesellschaftliches Engagement und welche Beteiligungsmöglichkeiten haben sie hierfür entwickelt?

➔ Zivilgesellschaftliches Engagement hat in der Kommunalpolitik in Deutschland eine lange Tradition. So wurden zum Teil schon seit Ende der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts im Rahmen ausgewählter Stadterneuerungs- und Sanierungsvorhaben Einwohnerinnen und Einwohner nach ihren Bedürfnissen befragt und aktiv in die Planung und nutzerfreundliche Gestaltung ihrer Wohnviertel einbezogen.

Die Aufgaben, die Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung zu bewältigen haben, sind jedoch viel umfangreicher und tiefgreifender. Lösungen für diese komplexen Herausforderungen können erfahrungsgemäß nur im Zusammenwirken von Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeistert werden.

Der Zivilgesellschaft kommt aufgrund ihrer lebensweltlichen Verankerung und Gestaltungskraft eine besonders wichtige Rolle zu. Zivilgesellschaftliches Engagement basiert auf ganz unterschiedlichen beruflichen, sozialen und kulturellen Hintergründen. Oder anders gesagt: Bürgerinnen und Bürger können eine vielfältige Mischung aus Ressourcen, Potenzialen und Fähigkeiten in die Gestaltung eines nachhaltigeren Lebensumfeldes einbringen. Diese Quellen gilt es zu erschließen und zu pflegen.

Zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort durch Wettbewerbe entdecken und fördern

Von besonderer Bedeutung zur Entwicklung und Verbreitung nachhaltigkeitsorientierter Ansätze und Ideen sind Kommunalwettbewerbe, die in vielen Bereichen durchgeführt werden. Aufgrund der Aufmerksamkeit, die sie in der Öffentlichkeit erhalten, helfen sie auch, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und dienen ebenso dem Dialog zwischen den Kommunen und föderalen Ebenen.

So führt das Bundesumweltministerium gemeinsam mit der „Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz“, angesiedelt beim Deutschen Institut für Urbanistik, 2012 zum vierten Mal den **„Wettbewerb Kommunaler Klimaschutz“** durch. Der Wettbewerb wird aus Mitteln der Nationalen Klimaschutzinitiative finanziert und richtet sich an Kommunen und Regionen, die durch erfolgreich realisierte Maßnahmen, Strategien und Aktionen in besonderem Maße den Ausstoß von Treibhausgasen reduziert haben. Um eine Vergleichbarkeit der Bewerbungen sicherzustellen, werden die Preise in drei Kategorien vergeben. Neben „Innovativen technischen und baulichen Maßnahmen“ sowie „Innovativen Klimaschutzstrategien“ werden explizit auch „Aktionen zur Beteiligung der Bevölkerung“ gewürdigt. Im Jahr 2011 gab es einen neuen Rekord: Mehr als 230 hochkarätige Projekte wurden eingereicht und in jeder Kategorie drei Preisträger gekürt. Der Erfolg wiederum verpflichtet, denn das Preisgeld wird von den Kommunen in neue Klimaschutzmaßnahmen investiert.



Preisträger des Wettbewerbes „Hauptstadt des Fairen Handels“ 2011 in der Altstadt von Marburg

Einer der Preisträger 2011 ist die im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern liegende Gemeinde Bollewick. Sie hat ein funktionierendes Kooperationsnetzwerk gegründet, das den oft schwierigen Weg zum CO₂-sparenden Bioenergiedorf ebnet. Seit 2009 haben sich bereits 68 Gemeinden und verschiedene Organisationen diesem Netzwerk angeschlossen. Da das Netzwerk weiterwächst, profitiert die gesamte Region, und der Umweltschutz wird aktiv gestärkt.

Mit dem bundesweit durchgeführten „Wettbewerb Kommunalen Klimaschutz“ erhalten Kommunen und Regionen die Möglichkeit, ihre erfolgreich realisierten Klimaschutzprojekte einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und anderen als gutes Beispiel zu dienen. Dazu erhalten die Preisträger durch die Servicestelle Unterstützung bei der Öffentlichkeitsarbeit zu ihren prämierten Projekten.

Die nationale „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ verleiht seit 2003 mit finanzieller Förderung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Titel **„Hauptstadt des Fairen Handels“** (vgl.: www.service-eine-welt.de).

Die Auszeichnung wird alle zwei Jahre vergeben und geht an Kommunen, die global verantwortungsvolles Handeln in ihren eigenen Institutionen praktizieren, ihre Bürger für den fairen Handel begeistern und das Thema mit viel Engagement und Ideenreichtum umsetzen. Professionell begleitete Wettbewerbe dieser Art zeigen Wirkung. So kann die Servicestelle bei jeder Ausschreibung für die „Hauptstadt des Fairen Handels“ deutlich steigende Antragszahlen verzeichnen. Das Anliegen konnte so in den letzten Jahren bundesweit in viele Kommunen hineintransportiert werden.

Ähnlich positive Auswirkungen auf das kommunale Engagement haben kommunale Wettbewerbe in anderen Bereichen. So wurden beispielsweise über die Deutsche Umwelthilfe in Kooperation mit dem Bundesumweltministerium, dem Umweltbundesamt und dem Bundesamt für Naturschutz die **„Hauptstadt der Biodiversität“** und die **„Hauptstadt im Klimaschutz“** ausgeschrieben. Im Rahmen dieser Wettbewerbe zeigt sich, dass Kommunen, die einen umfassenden Nachhaltigkeitsansatz verfolgen, wie beispielsweise Heidelberg oder Hannover, oftmals zu den Preisträgern der ersten Stunde gehören.



Preisträger des ZeitzeichenN-Preises 2011 auf dem 5. Netzwerk21Kongress in Hannover

Die Ausschreibung in mehreren Größenkategorien lädt gezielt auch mittlere und kleinere Kommunen ein, sich zu beteiligen und eine Würdigung für langjähriges Engagement zu erhalten.

Auch im Rahmen des Netzwerk21Kongresses findet jährlich ein Wettbewerb mit einer Preisverleihung in mehreren Kategorien statt. Der Beirat des Netzwerk21Kongresses vergibt den „**ZeitzeichenN-Preis**“ unter anderem an Kommunen, die sich durch eine besonders gute Zusammenarbeit aller Akteure, die Einbindung der Zivilgesellschaft sowie einen strategischen Nachhaltigkeitsansatz auszeichnen. Kommunale Preisträger waren bisher Neumarkt in der Oberpfalz, Ludwigsburg, Solingen, Nordhausen, Bonn und der Landkreis Steinfurt.

Wettbewerbe zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung vor Ort werden nicht nur durch politische oder administrative Akteure angeregt und ausgelobt. Auch regionale Unternehmen und Wirtschaftsakteure sind an zukunftsfähigen Städten und Gemeinden, einer intakten Umwelt und einer stabilen Sozial- und Wirtschaftsstruktur interessiert. So initiieren auch sie in manchen Regionen Wettbewerbe, um zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und innovative Ideen bekannt zu machen.

Ein bundesweiter Wettbewerb wird durch die Drogeriemarktkette „dm“ in Kooperation mit der UN-Bildungsdekade organisiert. Dabei engagiert sich das Unternehmen nicht nur als Förderer, sondern wirkt aktiv an der Verbreitung der Nachhaltigkeitsideen mit und zeigt sich auch im eigenen Unternehmen als Vorreiter.

„Ideen Initiative Zukunft“ – erfolgreiches Unternehmensengagement für nachhaltige Entwicklung

➔ Vom Naturdetektiv bis zum Mehrgenerationenhaus – seit 2008 unterstützen das Unternehmen „dm-drogerie markt“ und die Deutsche UNESCO-Kommission innovative Zukunftsideen im Rahmen der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“. Mehr als 3.800 Ideen und Projekte wurden bislang durch das Engagement der beiden Partner gefördert. „dm-drogerie markt“ stellte dazu insgesamt Finanzmittel von rund 4,4 Millionen Euro zur Verfügung. Die gemeinsamen Ziele: Menschen zu fördern, die mit ihren Ideen etwas bewirken möchten, das Thema Nachhaltigkeit in der Öffentlichkeit bekannter zu machen und nachhaltiges Handeln in ökologischer, sozial-kultureller und wirtschaftlicher Dimension zu ermöglichen.

Beim Nachhaltigkeits-Wettbewerb „Ideen Initiative Zukunft“ prämierten die beiden Kooperationspartner 2010/11 besonders gute Projektideen, die dazu beitragen, die Lebensqualität heutiger und zukünftiger Generationen zu verbessern. Bei der Fortsetzung der Initiative 2011/12 wurden die rund 1.300 dm-Märkte in ganz Deutschland erneut zu temporären Begegnungsplattformen zum Thema Nachhaltigkeit. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer präsentierten ihre Projekte in den dm-Märkten und informierten im Austausch mit interessierten Kunden über ihr Engagement. Begleitend ist das kostenlose dm-Kundenmagazin „alverde“ mit 143 verschiedenen Regionalausgaben erschienen und stellte ausgewählte Projekte von „Ideen Initiative Zukunft“ aus der jeweiligen

Region vor. Höhepunkt war eine deutschlandweite „Kassieraktion“, bei der die Projektvertreter selbst an den dm-Kassen saßen. Die erzielten Einnahmen kommen in voller Höhe den Projekten zugute.

Auch im eigenen Geschäftsbereich übernimmt dm als Unternehmen Verantwortung für eine zukunftsfähige Gesellschaft. So gehören Babynahrung in Bioqualität, Naturkosmetik oder Recycling-Toilettenpapier ganz selbstverständlich zum dm-Sortiment. An der Kasse ist eine umweltfreundliche „dm-Pfand-Stofftasche“ aus Baumwolle erhältlich, die bei Bedarf zurückgegeben oder gegen eine neue getauscht werden kann. Zum Jahreswechsel 2012 hat das Unternehmen zudem die Stromversorgung seiner rund 1.300 Märkte, der Verteilzentren sowie der Zentrale in Karlsruhe vollständig auf Ökostrom umgestellt. Der Strom stammt von den unabhängigen Elektrizitätswerken Schönau (EWS).

Diese Signalwirkung wird auch an die dm-Kunden weitergegeben: Diese können mit Starterpaketen der alternativen Stromanbieter EWS im Schwarzwald und LichtBlick in Hamburg selbst unkompliziert und kostenneutral zu Ökostrom wechseln. Bei Vertragsabschluss erhalten die Kunden zusätzlich eine dm-Geschenkkarte im Wert von 50 Euro. Seit Einführung der Starterpakete 2011 sind 3.200 Haushalte in Deutschland auf diesem Weg auf Ökostrom umgestiegen.

www.projekte.ideen-initiative-zukunft.de



Die „Ideen Initiative Zukunft“ präsentiert sich auf dem 5. Netzwerk21 Kongress in Hannover



Vorstellung des Projekts „Offener Treffpunkt“ in einem dm-Markt in Bretten, Projektvertreter und dm-Kundin im Gespräch zur alverde-Sonderausgabe

Eine nachhaltige Beteiligungskultur entwickeln und die Innovationskraft zivilgesellschaftlichen Engagements nutzen

Zivilgesellschaftliche Beteiligungsansätze haben in Deutschland durch die Beschlüsse der Rio-Konferenz 1992 und die daran anknüpfenden Agenda-21-Prozesse und ähnliche Strategien einen deutlichen Schub erfahren. Kommunen wurden aufgerufen, ihre Bürgerinnen und Bürger kontinuierlich in kommunale Entwicklungsprozesse einzubeziehen und in Kooperation mit ihnen und weiteren lokalen Akteuren Problemlagen zu identifizieren und gemeinsam nachhaltigkeitsorientierte Leitbilder, Strategien und Zukunftsprogramme zu entwickeln und umzusetzen. Viele Städte und Gemeinden sind diesem Aufruf ge-

folgt und haben mit ihren Akteuren vor Ort einen gemeinsamen Lernprozess eingeleitet, der sich bis heute fortsetzt.

Kommunen, die bürgerschaftliches Engagement gezielt ermöglichen und stärken, finden häufig innovative Lösungen für zentrale kommunale Probleme. Dieser Zusammenhang zeigt sich in Städten und Gemeinden mit einem gut etablierten Agenda-21-Prozess oder einem anderen nachhaltigen Zukunftsprogramm, das eine umfassende Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger vorsieht.

Neumarkt nimmt Kurs auf Nachhaltigkeit

→ Die Stadt Neumarkt in der Oberpfalz liegt in der Metropolregion Nürnberg, verfügt über einen langjährigen Agenda-21-Prozess und schreibt seit 2002 regelmäßig das Stadtleitbild mit lokaler Nachhaltigkeitsstrategie fort. Dies ist die Basis für einen breiten Nachhaltigkeitsprozess mit Umsetzung zahlreicher Projekte.

Neumarkt zählt rund 40.000 Einwohner und verfügt über eine besondere Nachhaltigkeitskultur. So sind von Beginn an am Ort ansässige, teils weltweit tätige Unternehmen mit an Bord und treiben auch die nachhaltige Entwicklung der Region voran. Die Ökobrauerei Neumarkter Lammsbräu wurde für ihr herausragendes Engagement 2001 mit dem Umweltpreis der Bundesstiftung Umwelt ausgezeichnet und stiftete mit dem Preisgeld einen nachhaltigen Mehrwert: Sie tätigte Investitionen in eine neue Flaschenwaschanlage, die weniger Energie und Wasser verbraucht, und lobte mit dem gesparten Geld einen eigenen Nachhaltigkeitspreis aus, der jährlich in Höhe von 10.000 € an Personen vergeben wird, die sich für eine nachhaltige Entwicklung engagieren. Dies wirkt auch auf die Kommune zurück.

In Neumarkt werden Bürgerbeteiligung und -engagement großgeschrieben. So wurde die Stadt 2007 als erste deutsche Kommune im Rahmen der UN-Bildungsdekade ausgezeichnet und erhielt den Titel „UN-Dekade-Kommune“ mittlerweile zum dritten Mal. Neumarkt ist auch „1. Fairtrade-Stadt Bayerns“ und bemüht sich ebenfalls intensiv um Klimaschutz und erneuerbare Energien. Die Kommune hat einen Energienutzungs- und Klimaschutzfahrplan für die gesamte Stadt erarbeitet und hat das Ziel, bis 2050 klimaneutral zu werden. Wichtige Schlüsselprojekte hierzu sind geplante Investitionen der Stadtwerke Neumarkt in den Bau von Windkraftanlagen sowie in den Bau eines Biomasseheizkraftwerkes mit einer Wärmeerzeugung von 40 GW/a. Ein neues Forschungs- und Entwicklungszentrum mit innovativen jungen Firmen gibt zudem wichtige Impulse „auf dem Weg zu einer klimaneutralen Stadt“.

Seit 2008 werden im Rahmen der jährlichen bürgerorientierten Nachhaltigkeitskonferenz neue Impulse für die Stadt gegeben. Neumarkt hat seinen Agenda-21-Prozess über viele Jahre erfolgreich weiterentwickelt und bleibt damit eine der Vorreiterkommunen für eine umfassende und beteiligungsorientierte nachhaltige Entwicklung.
www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de



Im Rahmen einer „Plant-for-the-Planet Akademie“ in Neumarkt i.d.O. pflanzen 80 Kinder gemeinsam mit dem Oberbürgermeister Bäume im Stadtpark und setzen damit ein Zeichen für mehr Klimagerechtigkeit

Nachhaltigkeit kann ihre Wirkung nur entfalten, wenn sie durch die Menschen vor Ort gelebt wird. Kommunen schaffen dafür die notwendigen Experimentierräume. Dazu zählt auch, partizipative Prozesse zu unterstützen und den Akteuren Anerkennung und Auszeichnungen zuteilwerden lassen. Die

Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements ist besonders wichtig, um Motivation langfristig zu erhalten und zu erneuern. Zahlreiche Kommunen verleihen zum Beispiel einen Agenda- oder Nachhaltigkeitspreis und bekunden damit ihre Wertschätzung der geleisteten Arbeit.



Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz

Würdigung des bürgerschaftlichen Engagements – Der Agenda-21-Preis der Stadt Leipzig

→ Die Stadt Leipzig verfügt seit Ende der 90er Jahre über einen aktiven, bürgerschaftlich getragenen Agenda-21-Prozess. Die Leipziger Agenda 21 „Visionen und Programm für eine dauerhaft lebenswerte und lebendige Stadt“ wurde im Jahr 2000 durch die beteiligten Akteure verabschiedet. Anschließend haben über 100 Institutionen eine Erklärung zur Umsetzung der Agenda unterzeichnet. Mit an Bord sind neben der Kommune zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen, wissenschaftliche Einrichtungen sowie Unternehmen. Die Leipziger Agenda versteht sich als eine offene Bewegung von Leipziger Bürgerinnen und Bürgern sowie von privaten und öffentlichen Institutionen.

Um das große Engagement vieler lokaler Akteure zu würdigen und auch langfristig zu erhalten, vergibt die Stadt seit 1999 jährlich einen Agenda-Preis in mehreren Kategorien. Der Preis wird in Kooperation mit den Stadtwerken Leipzig GmbH, der VNG – Verbundnetz GAS AG, der Sparkasse Leipzig und der Stiftung „Bürger für Leipzig“ vergeben. Neben der öffentlichen Anerkennung sind mit dem Preis auch finanzielle Mittel verbunden, die von zivilgesellschaftlichen Initiativen für die Umsetzung innovativer Projekte eingesetzt werden. Mit dem Agenda-Preis wird in Leipzig auch die Zusammenarbeit mit Migrantinnen und Mi-



Verleihung des Leipziger Agenda-Preises 2009

granten gefördert. So erhielt 2001 der Verein „Brückenschlag e.V.“ den Preis für sein Projekt „Bunte Gärten Leipzig“. Hier bewirtschaften Flüchtlinge gemeinsam mit Einheimischen eine ehemalige Gärtnerei. Begleitend werden Kurse zur Sprachförderung und beruflichen Qualifizierung angeboten. Interkulturelle Gärten haben sich mittlerweile zu einem Erfolgsmodell entwickelt. In Leipzig wurde der Ansatz schon frühzeitig erprobt und gewürdigt. www.le-agenda.de

Zivilgesellschaftliche Beteiligung führt zu kreativen Lösungen bei der Gemeindeentwicklung

Der Wille und zunehmend auch der Anspruch auf Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Akteure sind groß, wie unter anderem auch die Ergebnisse der jüngsten Umweltbewusstseinsstudie des Umweltbundesamtes belegen. (vgl.: www.umweltbundesamt.de/umweltbewusstsein).

Bürgerinnen und Bürger bringen sich mit Ressourcen wie Zeit, Geld, Wissen, Kreativität, visionärem Denken, pädagogischen Fähigkeiten oder handwerklichem Geschick immer aktiver bei der Ge-

staltung kommunaler Belange ein. Ihr Engagement darf nicht ins Leere laufen, auch dann nicht, wenn sie weitergehende Vorstellungen und Projekte entwickeln als in der kommunalen Planung bislang vorgesehen waren. Häufig wissen die Menschen vor Ort sehr gut, was in ihrem Lebensumfeld wichtig ist und wie und mit wem Verbesserungen erreicht werden können. Dieses Wissen ist eine wertvolle Zukunftsressource, auch für größere Vorhaben und trotz knapper kommunaler Finanzmittel, wie das Beispiel der bayrischen Gemeinde Markt Neunkirchen am Brand zeigt.

Markt Neunkirchen am Brand – Gute Kooperation zwischen Agenda und Gemeinde ermöglicht die gemeinsame Gestaltung des öffentlichen Raumes

➔ Schon lang hatten die Einwohner/-innen der oberfränkischen Gemeinde Markt Neunkirchen am Brand den Wunsch, einen großen Multifunktionsplatz zu bauen – einen Platz für Kinder und Jugendliche zum Skaten, Ballspielen und Radfahren. Die Idee entstammte einer Bürgerbefragung zu Verbesserungswünschen in der Gemeinde aus dem Jahr 2000, organisiert durch den ehrenamtlichen Agenda-Arbeitskreis.

Die Einwohner blieben hartnäckig, auch wenn die Umsetzung der Idee aufgrund mangelnder Finanzen lange Zeit fraglich war. Die Gemeinde allein konnte die für den Bau notwendigen Gelder nicht bereitstellen. Da gingen die Bürgerinnen und Bürger in Vorleistung. Über die unabhängige Agenda-Bewegung wurden zahlreiche Spenden eingeworben und auf ein eigenes und zweckgebundenes Gemeindegeldkonto eingezahlt. 2009 war es dann soweit und der Gemeinderat, überzeugt durch den Erfolg der Sammelaktion, stimmte dem Bau des Mehrzweckplatzes zu und stellte hierfür die restlichen Mittel bereit.

Zur Realisierung wurden erneut runde Tische einberufen, an denen vor allem die Jugendlichen ihre Ideen zur konkreten Gestaltung des Platzes einbrachten. Wie aber lassen sich die Wünsche der Jugendlichen mit den begrenzten finanziellen Mitteln realisieren? Auch hier fanden Agenda und Gemeindeverwaltung einen gemeinsamen Weg. Die Jugendlichen wurden über die konkreten Rahmenbedingungen und Sachzwänge der Planung informiert und entwickelten kreative und kostengünstige kreative und kostengünstige Vorschläge. So wurden unter anderem gewellte Betonflächen angelegt, die gleichzeitig zum Skaten und als Lärmschutz dienen. Damit konnten die Skater von Beginn an geeignete Flächen nutzen, noch bevor aus weiteren Geldspenden zusätzliche Aufbauten realisiert werden konnten. Örtliche Firmen halfen neben finanziellen Mitteln auch mit Sachspenden, indem sie kostenlos Baugeräte wie Bagger und Schaufeln bereitstellten.

Die Agenda-21-Arbeitskreise genießen in der 8.000 Einwohner großen Gemeinde ein breites Vertrauen. Sie sind unabhängige Akteure, die gleichzeitig eng mit Politik und Verwaltung zusammenarbeiten. Die Gemeinde nimmt aber nicht nur das Engagement der Bürgerinnen und Bürger in Anspruch, sondern unterstützt es auch aktiv. So findet eine Verzahnung der Agenda-21-Arbeitskreise mit der kommunalen Verwaltung und Politik über regelmäßige Koordinationsgespräche statt und seit 2008 hat die ehrenamtliche Agenda-Koordinatorin ein Rederecht im Gemeinderat. Auf Basis dieser guten Zusammenarbeit ist es möglich, neue Wege zu gehen und auch komplexe Vorhaben gemeinsam zu realisieren.

www.neunkirchen-am-brand.de/agenda21



Spatenstich für den Bau des Multifunktionsplatzes

Zivilgesellschaftliche Beteiligung fördern und Teilhabe ermöglichen – Das Modell Bürgerhaushalt

Angesichts begrenzter finanzieller Mittel in den Kommunen und zahlreicher erforderlicher Investitionen und Ausgaben stehen lokale Entscheidungsträger immer häufiger vor der Aufgabe, Prioritäten bei der Haushaltsplanung zu setzen, die zum Beispiel trotz Kürzungen auf eine möglichst breite Zustimmung bei allen Akteuren stoßen. Ein Modell, das sich hierbei als sinnvoll und erfolgreich erwiesen hat, ist der „Bürgerhaushalt“. Bei Bürgerhaushalten bestimmen die Menschen vor Ort direkt über ausgewählte finanzielle Belange der eigenen Kommune mit.

Der erste Bürgerhaushalt wurde bereits 1989 in der brasilianischen Stadt Porto Alegre eingeführt. In deutschen Kommunen gelangt das Verfahren seit 1999 zur Anwendung und findet seitdem stetige Verbreitung. Mittlerweile verfügen ca. 65 Kommunen über einen Bürgerhaushalt und in rund 100 weiteren Kommunen wird dessen Einführung diskutiert (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: Bürgerhaushalte in Deutschland, Statusbericht 2011).

Generell sind bei der Durchführung eines Bürgerhaushalts nur die freiwilligen Leistungen einer Kommune beeinflussbar. Zur Abstimmung stehen



Veranstaltung „Kommunale Bürgerhaushalte - Erfahrungen und Perspektiven“ 2011 in Weimar

daher nur Ausgabenbereiche im kommunalen Gesamthaushalt, die nicht gesetzlich festgeschrieben und gebunden sind.

Anerkannte Kriterien für Bürgerhaushalte sind ein mehrstufiges Beteiligungsverfahren sowie eine Verstetigung des Modells. Hierzu gehören neben der fundierten Information über die Ziele, Inhalte und Beteiligungsmöglichkeiten vor allem ein offener Diskussionsprozess, bei dem Bürgerinnen und Bürger ihr Votum zu bestimmten Haushaltspositionen abgeben und auch aktiv eigene Vorschläge einbringen können. Wichtig sind dabei niedrigschwellige und nutzerfreundliche Zugänge, die unterschiedliche Altersgruppen und soziale Hintergründe berücksichtigen. Entsprechende Formate bieten Bürgerversammlungen, schriftliche Befragungen und Internetforen. Zudem sollte die Kommune jeweils Rechenschaft darüber ablegen, inwieweit die im Verfahren geäußerten Vorschläge aufgegriffen und umgesetzt werden.

Die Einführung eines Bürgerhaushaltes ist dann erfolgversprechend, wenn neben dem öffentlichen Interesse an der Diskussion zu Haushaltsbelangen eine breite politische Unterstützung gegeben ist. Ebenso bedarf es qualifizierter und engagierter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, die den Prozess managen und mit Sachkompetenz auf Fragen antworten können.



Die Stadt Jena – Vorreiterin in Sachen Bürgerhaushalt

➔ Im Herbst 2006 beschloss der Stadtrat der thüringischen Stadt Jena, einen Bürgerhaushalt einzuführen. Nach der Entwicklung eines Beteiligungskonzeptes wurde eine erste Broschüre erarbeitet, die Bürgerinnen und Bürger über die aktuelle Haushaltslage und das geplante Beteiligungsverfahren informierte. Unter der Überschrift „Bürgerhaushalt – In Jena entscheiden Sie mit“ wurde parallel das Onlineangebot der Stadt um das Beteiligungsverfahren erweitert. Begleitend fanden Bürgerversammlungen statt, die sowohl der Information über das Verfahren dienten, gleichzeitig aber auch ein Diskussionsforum zu Schwerpunktthemen wie Schuldenabbau, Familienpolitik und Stadtentwicklung boten. Im Jahr 2008 hatte die Bevölkerung dann erstmals die Möglichkeit, an haushaltspolitischen Entscheidungen der Kommune teilzuhaben.

Das Verfahren ist mittlerweile gut etabliert und wird seitdem jährlich fortgesetzt und kontinuierlich verbessert. Die Beteiligungsmöglichkeiten sind vielfältig. Kernbestandteil ist eine jährliche Befragung, bei der 15.000 Fragebögen an zufällig ausgewählte wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger geschickt werden. Zu jedem neuen Bürgerhaushalt gibt es je eine Broschüre, die über das Verfahren, seine Grenzen, thematische Schwerpunkte und die Ergebnisse des letzten Bürgerhaushalts informiert.

Der Jenaer Bürgerhaushalt wird maßgeblich von einer öffentlichen Arbeitsgruppe, bestehend aus ehrenamtlich Engagierten, entwickelt und inhaltlich betreut. Die fachliche Unterstützung und Koordination des Bürgerhaushaltes übernimmt das Dezernat Finanzen der Stadt, wobei genau diese enge Zusammenarbeit zwischen bürgerschaftlicher AG und Stadtverwaltung zentral für den Erfolg ist, ebenso wie ein festes Budget, das jährlich für den Beteiligungsprozess zur Verfügung gestellt wird. Die finanzielle Unterstützung rechtfertigt sich auch dadurch, dass mit Hilfe des Bürgerhaushaltes konsequent der Schuldenabbau

der Stadt forciert und eine generationengerechte und nachhaltige Finanzpolitik vorangetrieben wird.

Wissenschaftlich begleitet und jährlich evaluiert wird der Bürgerhaushalt durch die Fachhochschule Jena. Dieses Vorgehen sichert die Qualität des Prozesses und stärkt das Vertrauen bei allen Beteiligten. Durch die hohe Transparenz finanzieller kommunaler Belange konnten viele Bürgerinnen und Bürger für das Verfahren gewonnen werden. Auch wenn die abschließenden haushaltspolitischen Entscheidungen weiterhin vom Stadtrat getroffen werden, so ist dieser zunehmend in der Verantwortung, Rechenschaft über die Einbeziehung der Bürgervorschläge abzulegen.

Die Stadt Jena ist in Sachen Bürgerhaushalt mittlerweile ein gefragter Ansprechpartner für Kommunen und gilt weit über die Thüringer Landesgrenzen hinaus als nachahmenswertes Beispiel. Mit der Gründung des Thüringer Netzwerks Bürgerhaushalt sollen zukünftig weitere Vernetzungen zu anderen Kommunen entstehen, die sich kurz-, mittel- oder auch langfristig für die Einführung eines Bürgerhaushalts entscheiden.

www.jena.de > Bürgerhaushalt



Titelblatt zum Bürgerhaushalt Jena 2011

Auf dem Weg zur Bürgerkommune – Vom Mitwissen zum Mitentscheiden

Die Entwicklung einer lokalen Beteiligungs- und Mitverantwortungskultur ist ein tiefgreifender Lernprozess, sowohl für institutionelle Akteure als auch für die Zivilgesellschaft. Beide Seiten müssen sowohl über Verfahrenskenntnisse verfügen als auch über inhaltliche Aspekte informiert sein, um angemessene Entscheidungen treffen, erfolgversprechende Projekte initiieren sowie Lösungen entwickeln und

umsetzen zu können. Die Beteiligungskultur ist ein fortlaufender Lern- und Professionalisierungsprozess. Einige Kommunen haben sich bereits mit einem eigenen Partizipationskonzept auf den Weg gemacht, das den Anforderungen an eine kontinuierliche Einbindung der Zivilgesellschaft in eine nachhaltige Stadtentwicklung gerecht wird.

Augsburg – Lebendiger LA-21-Prozess mit innovativer Beteiligungskultur

→ Schon seit über 15 Jahren läuft in Augsburg der Lokale-Agenda-21-Prozess und es beteiligt sich daran ein breiter Querschnitt an zivilgesellschaftlichen Akteuren. Augsburg stellt die Partizipation unmittelbar in den Fokus der eigenen LA-21-Aktivitäten. Das Motto „Zukunftsfähige Entwicklung braucht gemeinsames Handeln“ unterstreicht die enge Zusammenarbeit zwischen zahlreichen städtischen und bürgerschaftlichen Institutionen und Personenkreisen. Deutschlandweit können vergleichsweise nur wenige Kommunen auf einen so langlebigen und kooperativ ausgerichteten Agenda-21-Prozess verweisen, der so manche Hürde im Zusammenspiel von zivilgesellschaftlichem Engagement, Politik und Verwaltung genommen hat.

Der Erfolg des Prozesses beruht auf fünf Säulen: den 23 Agendaforen und ihren Projekten, der städtischen Geschäftsstelle, dem Agendabeirat, dem Handlungsprogramm Nachhaltigkeit sowie dem Augsburger Zukunftspreis. Der Agendabeirat wurde 1997 auf Beschluss des Stadtrates eingerichtet und die Vertreter/-innen werden von ihm alle drei Jahre neu berufen. Im Agendabeirat arbeiten 20 wichtige Institutionen der Stadtgesellschaft zusammen, beraten die Stadt bei Nachhaltigkeitsthemen und vermitteln diese in die eigenen Institutionen hinein. Der Beirat beschließt über Anträge der Agendaforen, in denen Bürgerinnen und Bürger, Institutionen und Unternehmen aktiv sind, und spricht Empfehlungen gegenüber Stadtrat und Stadtverwaltung aus. 2011 betrieben die Agendaforen rund 30 Projekte, die von der Stadt zum Teil finanziell unterstützt wurden. Seit 2006

können sich engagierte Bürgerinnen und Bürger, Initiativen, Organisationen, Schulen, Unternehmen und Kirchengemeinden mit ihrem Engagement für Nachhaltigkeit oder Klimaschutz auch um den Augsburger Zukunftspreis bewerben, den die Stadt jährlich vergibt.

Die verschiedenen Ämter, Dienststellen und Eigenbetriebe der Stadtverwaltung setzen das Handlungsprogramm Nachhaltigkeit in ihren Bereichen um. Die kommunale LA-21-Geschäftsstelle unterstützt die Verwaltung bei der Realisierung der Nachhaltigkeitsbestrebungen. Sie ist gleichzeitig das Bindeglied zwischen den vielen unterschiedlichen Beteiligungsbereichen.

Aufbauend auf „Nachhaltigkeitsleitlinien“ des Jahres 1998 und „Nachhaltigkeitsindikatoren“ des Jahres 2000 wurde an runden Tischen das „Handlungsprogramm Nachhaltigkeit“ ausgearbeitet. Der Stadtrat hat es im Juni 2004 verabschiedet und im Februar 2011 auf Basis des ersten Nachhaltigkeitsberichtes einstimmig dessen Fortschreibung beschlossen. Das Handlungsprogramm enthält neben Leitlinien auch konkrete Zielstellungen, die anhand eines Indikatorensets überprüft werden und anzeigen, wo Fortschritte erzielt wurden und wo dringender Handlungsbedarf besteht.

Nach Auffassung der Beteiligten wäre ohne das große Reservoir an Engagement und Wissen der zahlreichen beteiligten Akteure der Wandel zur Zukunftsfähigkeit nicht zu schaffen.

www.agenda21.augsburg.de



Agendaaktion auf dem Rathausplatz in Augsburg

Eine weitere Möglichkeit, Partizipation zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele auch auf strategischer Ebene zu verankern, ist mit der Einführung einer Nachhaltigkeitsprüfung von Ratsvorlagen gegeben. Beflügelt wird dieses neue kommunalpolitische Instrument einer Nachhaltigkeitsprüfung durch den Trend, dass sowohl auf Ebene des Bundeslandes Baden-Württemberg als auch in der Bundesregierung und im Bundestag im Rahmen von Gesetzesfolgenabschätzungen Nachhaltigkeitsprüfungen durchgeführt werden und immer mehr Kommunen Interesse an diesem Konzept äußern. Aufgrund der Bedeutung von Monitoring und Evaluation für eine effektive Umsteuerung in Richtung Nachhaltigkeit wird dem Instrument Nachhaltigkeitsprüfung künftig eine noch größere Bedeutung zukommen. ■



Innovation in Volksvertretungen: Nachhaltigkeitsprüfung von Ratsvorlagen fördert Beteiligungskultur in Heidelberg

→ Heidelberg hat sich frühzeitig mit Nachhaltigkeit befasst. Dieses Leitbild ist schnell zur Chefsache avanciert und hat im Laufe der Zeit in immer mehr Verwaltungsbereichen Wurzeln geschlagen. Zivilgesellschaftliche Akteure werden von Beginn an einbezogen, es bestehen Netzwerke in verschiedenen Handlungsbereichen und nicht zuletzt wegen der expliziten Ausrichtung des Stadtentwicklungsplanes „STEP 2015“ auf Nachhaltigkeit hat das Leitbild eine hohe Akzeptanz erreicht. Mehrere Auszeichnungen bestätigen die Erfolge Heidelbergs und spornen die Akteure zu weitergehenden Aktivitäten an.

Ein immer weiter ausstrahlendes Modellinstrument wurde 2005 durch einen Gemeinderatsbeschluss etabliert: die Nachhaltigkeitsprüfung von Ratsvorlagen. Damit werden Informations- und Beschlussvorlagen vor der Beratung und Entscheidung im Gemeinderat anhand der

91 Ziele des STEP durch die Verwaltung auf Nachhaltigkeit geprüft und beurteilt. Die Umsetzung ist durch eine Dienstanweisung des Oberbürgermeisters geregelt. Alle zwei Jahre wird ein Bericht erstellt, der bisher eine recht große Akzeptanz in der Verwaltung offenbart. Die Durchführung von Nachhaltigkeitsprüfungen von Ratsvorlagen trägt dazu bei, die Entwicklung einer Kommune nachhaltiger zu gestalten und insbesondere komplexe und unintendierte Auswirkungen von Planungen, Entscheidungen und längerfristigen Entwicklungen einer Kommune transparenter zu machen. Planungsprozesse können durch solcherart ergänzte Entscheidungsvorlagen qualifiziert und „abgesichert“ werden.

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsprüfung wird auch der Aspekt der Beteiligung kontinuierlich bewertet und sichergestellt.

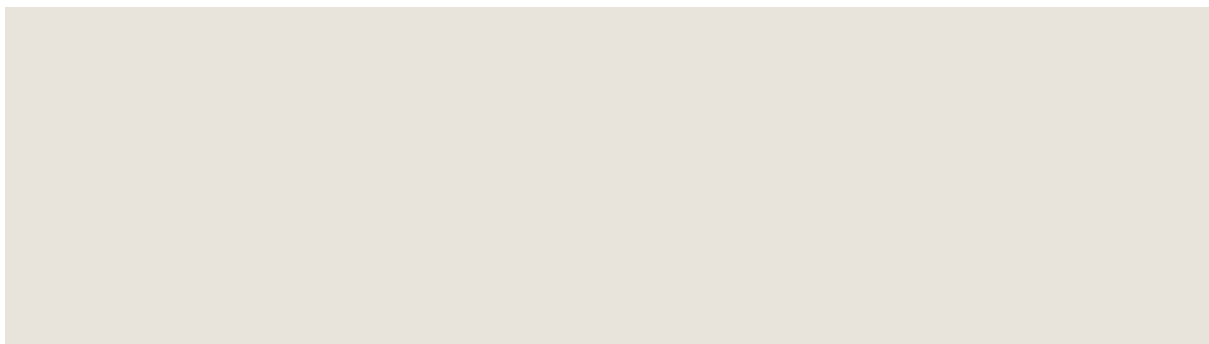
www.heidelberg.de > lokale Agenda



Konvent der Bürgermeister – Gründung des deutschen Clubs „Covenant of Mayors“ 2011 in Heidelberg



Sitzung des Heidelberger Gemeinderates



7 Building Sustainability – Kurs auf nachhaltige Entwicklung nehmen

→ Die Erfahrungen von Kommunen und ihren lokalen Akteuren bieten die große Chance, die wachsenden Aufgaben zu bewältigen und das Leitkonzept Nachhaltige Entwicklung auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene umzusetzen. Viele innovative Vorhaben reichen in ihrer Wirkung über die lokale Ebene hinaus, vor allem dann, wenn sie gemeinsam mit der Bevölkerung entwickelt worden sind und überzeugende Lösungsansätze bieten, die auch für einen breiten Transfer geeignet sind. Die Beispiele einer auf lokaler und regionaler Ebene organisierten Energiewende führen dies besonders deutlich vor Augen.

Für die Gestaltung einer nachhaltigen Entwicklung gibt es allerdings nicht den einen „Königsweg“. Vielmehr lässt sich eine Vielzahl von innovativen Ansätzen finden, wie Kommunen – vor dem Hintergrund jeweils spezifischer Rahmenbedingungen – versuchen, diese komplexe Aufgabe zu meistern. Um diese Ansätze und Erfahrungen bekannt zu machen und zahlreiche weitere Kommunen für eine Mitwirkung zu gewinnen, sind Aktivierung und Vernetzung entscheidend.

Kommunen haben in unterschiedlichen Zusammenhängen zentrale Erkenntnisse und Maßstäbe formuliert und auch Forderungen aufgestellt, die für eine nachhaltige Entwicklung auf lokaler Ebene von Bedeutung sind. So wurden auf dem Netzwerk21Kongress 2010 die „Nürnberger Erklärung“ und ein „Positionspapier zur Verbesserung der Vertikalen Integration“ verabschiedet und 2011 in Hannover von über 600 Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Kongresses die „Rio+20“-Erklärung angenommen, die Impulse für die deutsche Delegation des UN-Gipfels für Nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 2012 geben soll.

Unter dem Titel „Viel geschafft, mehr tun“ verweisen die Kommunen und lokale Akteure in der „Rio+20“-Erklärung auf den Grundsatz, dass eine nachhaltige Entwicklung insbesondere vor Ort erfolgen muss und die tiefgreifenden Veränderungen auch messbar sein sollten. Der notwendige sozial-ökologische Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft könne nur in gemeinsamer Anstrengung von Politik, Verwal-



Der Oberbürgermeister von Heidelberg unterzeichnet beim Rat für nachhaltige Entwicklung die strategischen Eckpunkte für eine nachhaltige Entwicklung in Kommunen

tung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gelingen, wobei es die Bemühungen zu intensivieren gilt. Mit Blick auf den kulturellen Wandel für den Transformationsprozess weisen die Akteure auch den Aspekten Partizipation und Bürgernähe in Kommunen eine große Bedeutung zu. Kommunen seien wichtige Partner für eine nachhaltige Entwicklung. Den wegweisenden Entwicklungen auf lokaler Ebene gelte, es zukünftig noch mehr Anerkennung und Aufmerksamkeit zu verleihen. (vgl.: www.rioplus20kongress.de/erklaerung)

Neben dem Netzwerk21Kongress hat auch der Rat für nachhaltige Entwicklung als unabhängiges Beratungsgremium der Bundesregierung direkte Arbeitszusammenhänge mit Kommunen angebahnt und im Rahmen des „Bürgermeisterdialoges“ Publikationen zum kommunalen Nachhaltigkeitsengagement veröffentlicht, in denen zentrale Erkenntnisse und Forderungen von Kommunen enthalten sind. Die Kernforderungen gleichen denen, die auch in den Erklärungen zum Netzwerk21Kongress und bei der bundesweiten Umfrage im Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort“ formuliert worden sind. Die kommunalen Akteure betrachten folgende Bedingungen als besonders förderlich für eine nachhaltige Entwicklung vor Ort:

- Nachhaltigkeit soll als Querschnittsaufgabe und als politische Leitlinie in das kommunale Handeln integriert werden.
- Hierbei sollen eine gemeinsame Leitvision sowie Qualitätsziele entwickelt sowie ein regelmäßiges Monitoring anhand von Indikatoren betrieben werden.
- Im Zuge einer nachhaltigen Stadtentwicklung gilt es, eine kontinuierliche Partizipation zu ermöglichen.
- Für die Erfüllung der Aufgaben ist eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Kommunen sowie die Sicherung ausreichender kommunaler Finanzmittel notwendig.
- Nachhaltige Entwicklung benötigt eine Abstimmung sowohl zwischen den Kommunen als auch zwischen der kommunalen, regionalen und nationalen Ebene. Daher soll ein kontinuierlicher Dialogprozesses etabliert werden.

Die Entwicklung und Implementierung einer umfassenden Lokalen Agenda 21 oder einer kommunalen Nachhaltigkeitsstrategie mit den

zentralen Bestandteilen von Leitvisionen, Zielstellungen, Handlungsprogramm und einem regelmäßigen Monitoring ist ein Weg, den ein Teil der Kommunen in Deutschland zur Gestaltung des Transformationsprozesses schon hier und heute geht. Die Kommunen haben gute Gründe hierfür, denn Szenarien wie die des britischen Ökonomen Sir Nicolas Stern zeigen am Beispiel von Klimapolitik, dass frühzeitiges Handeln den Einsatz von vergleichsweise geringen Finanzmitteln erfordert, während „Business as usual“ und Zögern deutlich höhere Kosten verursacht.

Die für einen gesellschaftlichen und kulturellen Wandel zu nachhaltiger Entwicklung erforderlichen Anstrengungen sind vergleichbar mit anderen großen historischen Übergängen, wie dem der Industrialisierung. Für die erforderliche und bewusst zu gestaltende Transformation ist das kooperative Handeln aller Akteure gefragt („Good Governance“). Die kommunale Ebene bietet hierfür interessante Ansätze und sehr erfolgreiche Beispiele, die auch für andere administrative Ebenen als Anregung genutzt werden können.

Eine Nachahmung ist möglich und lohnt sich – für die Menschen heute und in Zukunft. ■



Agendabausteine der Stadt Augsburg

8 Anhang

Das Forschungsvorhaben „Rio+20 vor Ort – Bestandsaufnahme und Zukunftsperspektiven lokaler Nachhaltigkeitsprozesse in Deutschland“ wird durchgeführt vom IZT – Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin sowie folgenden Kooperationspartnern:

- ▶ **ICLEI – Local Governments for Sustainability**
www.iclei.org
- ▶ **FEST – Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e.V.**
www.fest-heidelberg.de
- ▶ **Phillips Universität Marburg/
ISInova – Institut für Sozialinnovation e.V.**
www.isinova.org
- ▶ **Institut Futur an der Freien Universität Berlin**
www.institutfutur.de
- ▶ **LAG 21 – Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.**
www.lag21.de
- ▶ **ThINK – Thüringer Institut für Nachhaltigkeit und Klimaschutz**
www.think-jena.de
- ▶ **Universität Bayreuth, Stadt- und Regionalentwicklung**
www.stadtregion.uni-bayreuth.de

Die Ergebnisse der bundesweiten Befragung zu LA-21- und Nachhaltigkeitsaktivitäten auf kommunaler Ebene sind in ausführlicher Form im Abschlussbericht aufbereitet. Dort findet sich sowohl eine quantitative Auswertung der Ergebnisse als auch eine Systematisierung und Analyse der inhaltlichen Antworten. Anhand ausführlicher Fallbeispiele werden Treiber und Innovationsfaktoren für eine nachhaltige Entwicklung verdeutlicht und Perspektiven für LA-21- und Nachhaltigkeitsprozesse auf kommunaler Ebene aufgezeigt.

Neben der Bundesstudie wurden im Rahmen des Forschungsvorhabens durch die Kooperationspartner mehrere spezifische Teilstudien erarbeitet. Diese sind in Form von Expertisen zu einzelnen Handlungsfeldern, Bundesländerstudien zu Nordrhein-Westfalen, Thüringen und Bayern sowie in Form einer Studie zu LA-21- und Nachhaltigkeitsprozessen auf internationaler Ebene zugänglich.

Sämtliche Forschungsergebnisse stehen auf der Projekthomepage zum Download bereit.
(www.izt.de/rio)

Ausgewählte weiterführende Links:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
www.bmu.de

Umweltbundesamt
www.uba.de

Deutsche Bundesstiftung Umwelt
www.dbu.de

Netzwerk21Kongress
www.netzwerk21kongress.de

Rat für nachhaltige Entwicklung
www.nachhaltigkeitsrat.de >Dialog nachhaltige Stadt

Servicestelle: Kommunaler Klimaschutz
www.kommunaler-klimaschutz.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
www.service-eine-welt.de

Deutsche Umwelthilfe
www.duh.de

ICLEI – Local Governments for Sustainability, Sustainability Management Instruments
www.iclei.org>management instruments



